Kommunistische Korrespondenz



herausgegeben von der Trotzkistischen Liga Deutschlands

Nr. 27 | November 1979 | 0.80 DM/Laden 1.00 DM



Zweites Kuba?

Wohin geht Nicaragua?

Im Juli strömten hunderttausend Menschen auf dem gerade umgetauften Platz der Revolution zusammen, um den unter Führung der Sandinistas erfolgten Sturz der blutbefleckten Somoza- Dynastie zu feiern, die vor 45 Jahren von den amerikanischen Marine-Infanteristen an die Macht gebracht worden war. Revolutionäre in der ganzen Welt teilten ihre Freude. Erstmals, seit die kubanische revolutionäre Armee die vom CIA organisierten Gusanos in der Schweine- bucht vernichtet hatte, hat der US-Imperialismus in Lateinamerika wieder eine ernsthafte Niederlage erlitten.

Seit dieser Niederlage des Imperialismus haben sich – stets vom Schreckgespenst eines „zweiten Kubas“ verfolgt - die amerikanische herrschende Klasse und ihre lokalen „Gorillas“ blutig an den Arbeitern, Bauern und Intellektuellen Lateinamerikas gerächt: die Invasion der Dominikanischen Republik durch die Marine-Infanterie 1965; die Jagd auf Che Guevara und seine Ermordung durch die CIA ; der Sturz der bürgerlichen Demokratie in Brasilien und Uruguay und der anschließende wütende Terror gegen die Linke; die Ermordung von 30 000 Arbeitern und Linken 1973 in Chile und von weiteren Tausenden wenige Jahre später in Argentinien usw. Doch jetzt, als West- Point- Absolvent „Tacho“ Somoza zusammen mit der gesamten Führung seiner Nationalgarde nach Miami floh, hatte sich zum ersten Mal wieder das Blatt gewendet - die erste vom Volk getragene Revolution gegen eine reaktionäre Diktatur seit jenem Neujahrstag 1959, als Fidel Castros Rebellenarmee in Havanna einmarschierte.

Für eine
Arbeiter- und Bauernregierung
Keine bürgerlich-sandinistische Junta!

Wird aus Nicaragua ein zweites Kuba? Zweifellos wird diese Frage nicht bloß in den Schlagzeilen der *Washington Post* und von den „Falken“ im Pentagon aufgeworfen, sondern vor allem unter den Linken überall in Lateinamerika diskutiert. Während leitartikelnde Kalte Krieger Zeter und Mordio schreien („Mittelamerika wird rot“), sind die meisten bürgerlichen Journalisten genauso wie das State Department der Ansicht, ein zweites Kuba sei vermeidbar.

Nicaraguas künftiger politischer und ökonomischer Kurs ist, soweit man das aus der Ferne beurteilen kann, noch nicht endgültig festgelegt. Dies im Unterschied zu Iran, wo der deutlich reaktionäre Charakter der Opposition Chomeinis gegen den Schah es Revolutionären möglich machte, den Charakter des neuen Regimes von Anfang an vorherzusagen.

Die Zerschlagung des Somoza-Regimes hat die bürgerliche Ordnung in Nicaragua im beträchtlichen Maße erschüttert. Somoza hatte noch mehr Grund als Ludwig XIV zu sagen: *„^'état, c'est moi“*. Die Somoza-Familie war nicht nur ein Hauptbestandteil der herrschenden Klasse, ihr gehörte nicht nur ein erheblicher Teil der Schlüsselindustrien, vielmehr war die Staatsmacht auf Somozas persönliche Prätorianergarde reduziert. Der Bürgerkrieg vernichtete sie.

Fortgesetzt auf Seite 4

Carters Geheimdienst verschleppt Gewerkschaftsmilitante

In einem unverschämten Angriff auf die Rechte der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung drangen letzten Monat Gangster des US-Secret Service aus dem Kreis der persönlichen Leibwächter Jimmy Carters in die Jahresversammlung der Communication Workers of America (CWA) ein und nahmen die Gewerkschaftsfunktionärin und gewählte Delegierte Jane Margolis fest. Dies ist, soweit bekannt, das erste Mal, daß der Secret Service in eine Gewerkschaftsversammlung eingedrungen ist und einen Gewerkschaftsvertreter herausgegriffen hat.

Der Vorfall ereignete sich am 16. Juli in Detroit, nur eine Stunde bevor der US-Präsident zu der Gewerkschaft sprechen sollte. Ohne Warnung umringten Agenten und Detroiter Polizei Margolis, Mitglied des Vorstandes der CWA-Ortsgruppe 9410, und zerrten die protestierende Militante vor hunder- ten von sprachlosen und wütenden Delegierten in einen anliegenden Raum, wo ihr Handschellen angelegt wurden und sie verhört wurde. Empörte Delegierte rannten zu den Mikrophonen, um gegen diesen kriminellen Angriff zu protestieren. Jedoch wurden die Mikros sofort abgeschaltet und der Präsident der CWA, Glenn Watts, wies die Delegierten an, „die Unruhe hinten im Saal zu ignorieren“.

Draußen packten die Secret-Service-Agenten Margolis hart an und drohten, sie für Tage ohne Verbindung zur Außenwelt festzuhalten, mit der Begründung, sie bedrohe nach „Berichten“ aus nichtdefinierten „Quellen“ das Leben des Präsidenten. Nach 35 Minuten wurde sie ohne weitere Erklärung freigelassen, aber noch, nachdem sie die Versammlungshalle wieder betreten hatte, andauernd überwacht.

Rechtzeitig zur Frageperiode zurück, stellte Margolis sich in eine Schlange aus 20 Delegierten, die zum Mikrophon hin anstanden in der Erwartung, Carter Fragen stellen zu können. Obwohl sie die fünfzehnte in der Reihe war, bekam sie keine Möglichkeit zu reden, weil der Erdnuß-Boß beschlossen hatte, die Diskussion nach dem zwölften Sprecher abzubrechen. Reporter aus Detroit kommentierten am Abend euphemistisch im Fernsehen: „Uns, den Reportern, erschien es, als ob man irgendjemanden zum Schweigen bringen wollte“.

Angesichts der Popularität Carters, die sogar niedriger gesunken ist, als dies bei Nixon jemals der Fall war, ist es nicht verwunderlich, daß seine Public-Relations-Leute und Leibwächter um jeden Preis eine Konfrontation mit einer mili-



Secret Service Quizzes S.F. Union Leader

San Francisco Chronicle

San Franciscan handcuffed

One critic Carter didn't hear

Special to The Examiner

DETROIT — A militant San Francisco member of the Communications Workers of America was detained for 40 minutes by Secret Service agents yesterday, shortly before President Carter was scheduled to address the union convention.

Jane Margolis, 32, an executive board member of CWA Local 9410, said she was surrounded by about a half-dozen Secret Service agents, dragged off the floor of Cobo Hall and handcuffed in a back room.

There, she said, she was told she was being held for threatening Carter's life.

let me go if I had threatened the president.

San Francisco Examiner

Margolis said she was also prevented from making a motion to prohibit Carter from addressing the convention. In addition, she said, the number of delegates to be permitted to question Carter was reduced from 20 to 12. She was 15th in line, she said.

Margolis, who is a PBX installer for Pacific Telephone,

Police seize, question woman delegate at Cobo

The Detroit News

"Our union convention should not be used as a forum for Jimmy Carter's anti-labor views."

Ms. Margolis was indignant about her removal from the floor of the convention.

JANE S. MARGOLIS

Delegate Says She Was Stopped From Questioning the President

Special to The New York Times

DETROIT, July 16 — A delegate to the

The New York Times

committee member of the union and delegate from San Francisco, had tried earlier in the day to persuade union officials to bar the President from appearing "because of his antilabor policies."

She failed, and was ejected from the convention floor by agents of the Secret Service after refusing to voluntarily go with them for questioning. She was detained briefly, she said, and was handcuffed in part of her detention.

Once allowed back on the convention floor she did not get an opportunity

Jane Margolis struggles to free herself from Secret Service men.

Carter critic

Delegate quizzed by Secret Service

Secret Service Gags Carter Critic

By Joe Conason

Everyone laughs these days at Jimmy Carter's promises of open government, but last week his Secret Service did something that wasn't so funny. Just before Carter arrived in Detroit to address the annual convention of the Communication Workers of America on July 16, two Secret Service agents dragged a dissident union delegate out of Cobo Hall, handcuffed and detained her for 30 minutes.

The union delegate, a Pacific Telephone employee and CWA shop steward named Jane Margolis, had tried to put a motion on the convention

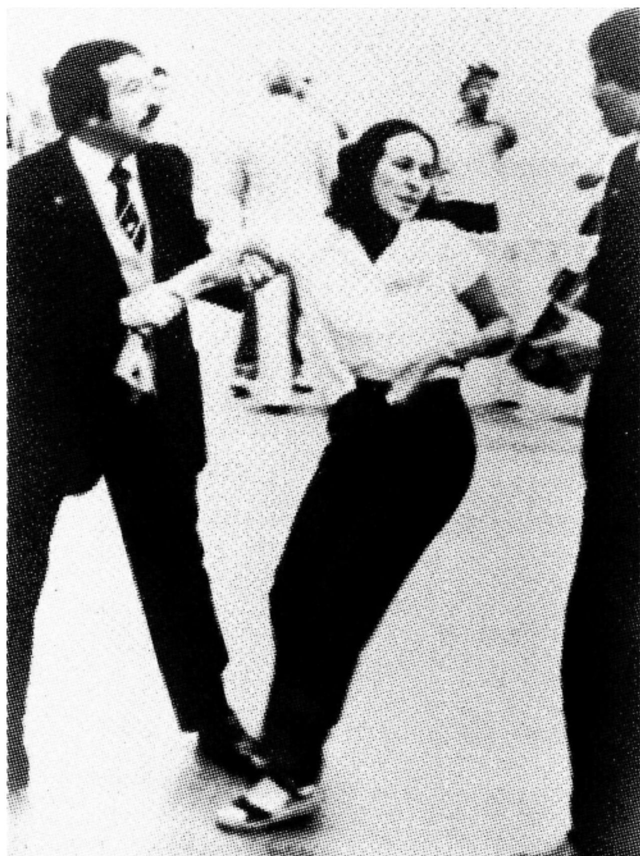
Margolis she had to answer their questions, and that they were within their rights to detain her for 72 hours "if the president is in the vicinity." W… asked. Because, said the agents, … had told them that Margolis thr… the president's life.

"I said, what is your source?" … Margolis. "They said they did not know the source, but they have from a source that I was threatening the life of the president. I said in no way was I threaten-

VOICE

woman agent named Anderson, who gave either of two curt replies to each question: "As long as this is an active investigation

Nationale Pressereaktion auf Carters Verschleppung der gewählten Delegierten Jane Margolis aus der nationalen Konferenz der Telefonarbeitergewerkschaft



Hunderte von Mitgliedern der Telefonarbeitergewerkschaft protestierten gegen die Festnahme der Delegierten Jane Margolis durch Carters Secret Service

tanten Gewerkschaftsdelegierten verhindern wollten, die bereit war aufzutreten und seine Angriffe auf die Arbeiterklasse anzuprangern. Margolis sprach letztes Jahr auf der CWA-Versammlung gegen Carter, und denunzierte seine Anwendung des Taft-Hartley-Zwangsarbeitsgesetzes, um den Bergarbeiterstreik zu brechen. In diesem Jahr versuchte Margolis in der Vormittagssitzung, bevor sie in Haft genommen wurde, einen Antrag zu stellen, „daß die CWA nicht zulassen soll, als Plattform für die streikbrecherische, gegen die Arbeiter gerichtete Politik Carters benutzt zu werden“. Der Vorsitz überging sie, aber sie hatte die Absicht, dies in der Nachmittagssitzung einzubringen, als der Secret Service sie herausgriff.

Margolis, eine Anhängerin der Spartacist League/U.S., ist Sprecherin des Militant Action Caucus (MAC), einer oppositionellen Gruppierung in der Gewerkschaft in San Francisco. Der MAC hat eine lange Geschichte des Kampfes für ein Klassenkampfprogramm innerhalb der CWA, die eine halbe Million Telefonarbeiter in den Vereinigten Staaten organisiert. Der MAC hat konsequent gegen Einmischung der Regierung in die Gewerkschaften opponiert und hat für das Recht lokaler Organisationen gekämpft, ohne Zustimmung der nationalen Führung (die diese fast nie gibt) zu streiken. Er hat sich für einen Kampf gegen Arbeitshetze, Zwangsversetzungen, Entlassungen und Carters Lohnstopp eingesetzt. Im Gegensatz zu der Politik der Gewerkschaftsbürokraten, sich an die (bürgerliche) Demokratische Partei anzubiedern, um ein Paar Krümel zu erbetteln, fordert der MAC „keinen Penny, keine Stimme für die streikbrecherischen Demokraten und Republikaner“ und setzt sich für eine Arbeiterpartei ein, die für eine Arbeiterregierung kämpfen wird.

Bei einer Inflationsrate von 14 Prozent und „Lohnleitlinien“, die Lohnerhöhungen um sieben Prozent festlegen sollen, spüren die amerikanischen Arbeiter die Aushöhlung ihres Lebensstandards deutlich. Und in diesem Sommer hat die Ölkrise – die viele ganz richtig als von der Regierung und den Ölgesellschaften fabriziert ansehen - eine fast unmögliche Situation für Arbeiter in einer Gesellschaft geschaffen, in der Millionen ihre Autos brauchen, um an ihre Arbeitsplätze zu kommen. CWA-Mitglieder haben sicherlich weitere Gründe Carter zu hassen, der sie mit gerichtlichen Verfügungen bedroht hat, falls sie streiken.

Dadurch, daß Margolis verschleppt und eingesperrt wurde, haben Carter und seine Gehilfen gezeigt, daß sie nicht nur ein militantes CWA-Mitglied fürchten, sondern auch das breitere Publikum, daß die Rede auf der Versammlung im Fernsehen verfolgte. In seiner nationalen Fernsehansprache am Abend zuvor hatte der Millionärspräsident gesagt: „Ich horche auf die Stimmen der Amerikaner“. Aber die Stimmen, denen er auf der Versammlung zuhörte, waren sorgfältig ausgewählt, und Margolis war in den Worten des *San Francisco Examiner* „eine Kritikerin, die Carter nicht hörte“.

Daß Agenten des Secret Service in eme Gewerkschaftsversammlung kommen konnten, um Kritik an der Regierung zu knebeln, ist eine schwere Attacke auf elementare Gewerkschaftsrechte, der entschiedener Widerstand entgegengesetzt werden muß. Sie unterstreicht plastisch das Prinzip: Keine staatliche Einmischung in die Arbeiterbewegung! Nichtsdestoweniger kann der gangsterhafte Übergriff, der von Carters Agenten ausgeführt worden ist, kaum dazu beitragen, seine schwindende Glaubwürdigkeit wieder zu beleben.

In einem ganz elementaren Sinne wissen die amerikanischen Arbeiter, wer für die Ölkrise verantwortlich ist und ihr Leben zu einer unerträglichen Hölle macht. Und wenn sie Carter und seinen Leibwächtern zusehen, wie sie im Land mit Jets und klimaanlagengekühlten Limousinen herumflitzen und wenn sie hören, wie er sie zum Beten auffordert und gleichzeitig Gewerkschaftsmilitante festsetzt, wird ihr Haß auf diesen „wiedergeborenen“ imperialistischen Räuber wachsen. Bei einer kapitalistischen Rezession, die ihren Lebensstandard noch weiter zu drücken droht, werden Forderungen einer Klassenkampfopposition wie dem MAC einen starken Widerhall finden: Enteignet die Ölgiganten! Brecht mit den Demokraten und schafft eine Arbeiterpartei, die sich dem Kampf für eine Arbeiterregierung verpflichtet! ■

Nicaragua. . .

Fortsetzung von Seite 1

Während das State Department mit der revolutionären Junta über den Termin von Somozas Amtsenthebung feilschte, war es weniger darum besorgt, der neuen Regierung noch ein paar konservative bürgerliche Figuren mehr hinzuzufügen, als vielmehr *die Nationalgarde zu erhalten.* Und die Sandinistas waren damit einverstanden, daß „ehrliche und patriotische" Offiziere der Garde in die neue nationale Armee integriert würden, ohne irgendwelche Vergeltungsmaßnahmen gegen sie zu unternehmen.

Trotz aller Versprechungen der sandinistischen Führer Jimmy Carter gegenüber traute die Privatarmee Somozas ihnen nicht, sie vor ihren wutentbrannten Opfern zu schützen. Als ihr Chef floh, zerbröckelte die Garde in einen Haufen panikerfüllter Flüchtlinge. Der Anblick von Somozas Truppen, wie sie ihre Waffen im Stich ließen, ihre Uniformen herunterrissen und in die Hubschrauber stürzten, um zu entfliehen, erinnert an ähnliche Szenen während des Falls von Saigon. Der Hauptteil von Somozas Luftwaffe, von fliehenden Truppen in Beschlag genommen, parkt zur Zeit auf Rollbahnen in Guatemala und Honduras. Fischerboote wurden von verzweifelten Gardisten gekapert, um nach El Salvador zu entkommen; andere flohen in zusammengewürfelten Haufen schleunigst über die Grenze nach Honduras, während ihre weniger erfolgreichen Spießgesellen in Kirchen, beim Roten Kreuz und bei den Botschaften Zuflucht suchten. Hoffentlich werden wenigstens einige von ihnen für ihre grauenhaften Verbrechen abgeurteilt.

Das Land, das Somoza zurückgelassen hat, liegt in Trümmern. Jede größere Stadt ist mehrfach bombardiert worden und Esteli, der Schauplatz von heftigen Kämpfen seit letztem September, ist praktisch eine Geisterstadt. Fabriken sind zerstört; ein großer Teil der Ernte ist verloren. Das öffentliche Verkehrssystem befindet sich im Zustand der völligen Auflösung, da viele Busse während der Kämpfe als Barrikaden benutzt wurden. Hunderttausende kehren aus den Flüchtlingslagern in ein Land ohne Wohnungen und Arbeit zurück. Zehntausende sind während der Kämpfe umgekommen.

Das Machtvakuum in Nicaragua entsteht aus dem schwer angeschlagenen Zustand der bürgerlichen Ordnung einerseits und der Schwäche der Arbeiterklasse und deren Mangel an Bewußtsein und Organisierung andererseits. Dieses Vakuum gibt den kleinbürgerlichen Schichten und ihren radikalen sandinistischen Vertretern außergewöhnliches soziales Gewicht und große Unabhängigkeit von den antagonistischen und die Machtfrage entscheidenden Klassenlagern des Proletariats und des Kapitalismus. Die sandinistische Guerillaarmee ist heute die beherrschende militärische Kraft. Die entscheidende Frage ist, ob sich aus diesen kleinbürgerlichen und radikalen bürgerlichen Kräften ein neuer kapitalistischer Staatsapparat formiert oder ob die Revolution zu einem Bruch mit dem kapitalistisch-imperialistischen System führt.

Die Zerschlagung von Somozas Nationalgarde hat ebenso wie die Zerschlagung von Batistas kubanischer Armee vor 20 Jahren eine Periode eröffnet, in der der Klassencharakter des neuentstehenden Staates noch nicht definitiv festgelegt ist. Die sandinistische Führung gelobt, Privatbesitz an Produktionsmitteln zu respektieren – aber das hat die erste Regierung der kubanischen Revolution auch getan. Wie wir vor drei Jahren geschrieben haben:

> „Was in Havanna nach dem Sturz Batistas existierte, war ein seiner Natur nach vorübergehendes und unstabiles Phänomen – eine *kleinbürgerliche Regierung,* die weder der Verteidigung des bürgerlichen Privateigentums noch der der kollektivistischen Eigentumsformen der proletarischen Klassenherrschaft verpflichtet war... ein solches Regime war zeitweise gegenüber der bürgerlichen Ordnung autonom - das heißt, ein kapitalistischer *Staat,* also eine bewaffnete Formation von Menschen, verpflichtet bestimmte Eigentumsformen zu verteidigen, existierte nicht im marxistischen Sinne" („Guerillas in Power", *Workers Vanguard* Nr. 102, 26. März 1976, siehe auch *Kommunistische Korrespondenz,* Nr. 15,September 1976).

Die Lehren von Kuba

Deshalb wirft die kubanische Revolution zweifellos ihren Schatten über Nicaragua, und das nicht primär, weil Castro die sandinistischen Guerillas seit vielen Jahren unterstützt hat. Castros Rebellenarmee war eine heterogene kleinbürgerliche Kraft, die für eine Zeitlang von der Bourgeoisie unabhängig war. In der Regel haben sich solche Formationen, einmal an die Macht gekommen, in *neue bürgerliche* bonapartistische Regime verwandelt, die in das imperialistische System integriert wurden. Aber in Kuba ging eine außergewöhnliche Entwicklung vor sich, die zum Bruch mit dem kapitalistisch-imperialistischen System führte.

Gleich nachdem die Bewegung des 26. Juli an die Macht gekommen war, etablierten die Guerillas eine Koalitionsregierung mit altbekannten bürgerlichen Politikern, die darin sogar die Spitzenpositionen innehatten: Manuel Urrutia als Präsident, José Mirô Cardona als Premierminister und Roberto Agramonte als Außenminister. Aber Castros erste Reformen, insbesondere die Agrarreform im Juni 1959, provozierten eine heftige Reaktion des US-Imperialismus, der einen Wirtschaftsboykott startete und einheimische Konterrevolutionäre ermutigte. Castro wiederum reagierte mit gesteigerten radikalen Mitteln, die jegliche bürgerliche Unterstützung hinwegfegten. Große Teile der kubanischen Bourgeoisie flohen aus Angst vor der Wut des Yankee-Imperialismus in die USA in der Erwartung, mit den Marinesoldaten wieder zurückzukommen.

Um sich gegen den US-Imperialismus und die ökonomische Sabotage der kubanischen Bourgeoisie zu schützen, enteignete das Castro-Regime im Sommer/Herbst 1960 das kapitalistische Privateigentum. Indem sie diese soziale Umwandlung durchführten, verwandelten sich die kleinbürgerlichen Radikalen der Bewegung des 26. Juli gleichzeitig in eine stalinistische Bürokratie eines deformierten Arbeiterstaates,

Kommunistische Korrespondenz

herausgegeben von der
TROTZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS,
Sektion der internationalen Spartacist Tendenz

Verantwortlicher Redakteur:
W. Hohmann, 6000 Frankfurt 70

Anschrift: Postfach 1 67 47
6000 Frankfurt/Main 1

Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt in allen Punkten der Auffassung der Redaktion.

wobei sie die kubanischen Arbeiter und Bauern politisch enteigneten und unterdrückten. Wir haben am Beispiel Kubas analysiert, daß

„... die russische stalinistische Bürokratie in einem ihrer zentralen widersprüchlichen Aspekte - nämlich als Transmissionsriemen für den Druck der bürgerlichen Weltordnung auf einen Arbeiterstaat - eine kleinbürgerliche Formation darstellt. Der entscheidende Teil der Castroisten konnte den Übergang zur Führung eines deformierten Arbeiterstaates vollziehen, weil er, da der egalitäre Charakter und die proletarische Demokratie eines direkt durch die arbeitende Bevölkerung erkämpften Staates fehlten, über seine eigenen radikal-kleinbürgerlichen sozialen Gelüste niemals hinausgehen oder sie grundlegend verändern, sondern sie lediglich transformieren und umorientieren mußte" *(Spartacist,* deutsche Ausgabe, Nr. 5, Mai 1977).

Die Hauptakteure beim Umsturz Somozas haben, jeder auf seine Weise, daraus einige Lehren gezogen und versuchen, ein zweites Kuba zu *vermeiden.* Vor etwa zwei Jahren entschied die größte Gruppierung innerhalb der Sandinistas, die *Terceristas,* daß Unterstützung für einen Sozialismus á la Kuba zu bekunden eine grundlegende Barriere für ein breites Bündnis gegen Somoza sei. Sie ließen ihren Castroismus fallen und nahmen ein rein bürgerlich-nationalistisches Programm an. Die gegen Somoza eingestellte Bourgeoisie, die große Mehrheit der nicaraguanischen kapitalistischen Klasse, reagierte darauf entsprechend positiv und hat seitdem versucht, die sandinistischen Guerillas zu zähmen.

Die soziale Revolution von oben fand in Kuba nur deshalb statt, weil das bonapartistische Castro-Regime außergewöhnlichen historischen Umständen gegenüberstand. Darunter war ein entscheidender Faktor die virulent feindselige Haltung der USA gegenüber der kubanischen Rebellenregierung. Der US-Imperialismus hat ebenfalls aus dieser Erfahrung gelernt, und in vielen Washingtoner Kreisen wird mittlerweile anerkannt, daß die blinde Feindseligkeit der USA gegenüber Castro 1959 dazu beigetragen hat, ihn zu genau den Enteignungen zu treiben, denen man zuvorzukommen versuchte. Im Gegensatz dazu scheint die amerikanische herrschende Klasse heute in Nicaragua sich eher für das Zuckerbrot als für die Peitsche entschieden zu haben.

Am Anfang brachte die Angst vor der Machtübernahme castroistischer Guerillas die USA dazu, Somoza auch dann noch zu unterstützen, als es schon lange klar war, daß dessen Nationalgarde buchstäblich gegen die gesamte Bevölkerung Nicaraguas kämpfte. Aber nachdem offensichtlich nur noch direktes militärisches Eingreifen Somoza retten konnte, änderte die Carter-Administration ihren Kurs und hat seitdem eine versöhnlichere Einstellung gegenüber der revolutionären Junta an den Tag gelegt. Wenn Sandinistaführer Tomás Borge erklärt, er habe niemals gesagt, er sei Marxist, so ist Washington jetzt eher bereit, ihm die Chance zu geben, seinen Worten Taten folgen zu lassen. Selbst Castro äußerte, der Yankee-Imperialismus habe „etwas gelernt" und verhalte sich gegenüber der nicaraguanischen Revolution nicht so wie gegenüber seiner eigenen.

Zur gleichen Zeit ist die amerikanische herrschende Klasse nicht bereit, den Sandinistas einen Blankoscheck auszustellen. Managua ersuchte die USA darum, es mit Waffen für die neue Volksarmee auszustatten. Das Zögern Washingtons, sein Einverständnis dafür zu geben, veranlaßte den berühmten Guerillaführer und neuen stellvertretenden Innenminister „Commandante Zero" (Edén Pastora) zu der Drohung, daß die Junta den „sozialistischen Block" um Waffen angehen würde, auch wenn diese Erklärung später durch Innenminister Borge zurückgewiesen wurde.

Trotz der wiederholten Versicherungen des sandinistischen Regimes, es wolle gute Beziehungen mit Washington haben, sind US-Diplomaten über die andauernde anti-amerikanische Rhetorik aus Managua beunruhigt. Der *Washington Post* (7. August) zufolge beschreibt *Barricada*, das offizielle Regierungsorgan und die einzige Zeitung, die zur Zeit im ganzen Land erscheint, die Anti-Somoza- Revolution als eine Niederlage für den „US-Imperialismus" und spricht von der Organisation Amerikanischer Staaten als einem „Kolonialministerium des State Departments". Die Bereitschaft des Yankee-Imperialismus, mit dem Regime in Nicaragua auf gutem Fuß zu stehen, wird stark dessen Kurs beeinflussen und wird vielleicht ausschlaggebend für die Neukonsolidierung eines Staates sein, der auf die Verteidigung kapitalistischer Eigentumsformen eingeschworen ist. Aber wie clever auch immer die Politik Washingtons sein wird, das Schicksal des nicaraguanischen Regimes wird ebenso von der Entwicklung des Klassenkampfes innerhalb Nicaraguas abhängen.

Castroistische Guerillas an der Macht – Hand in Hand mit Millionären

Diese Regierung von „marxistisch-leninistischen" Guerillas und Großkapitalisten wird nicht leicht mit einem Land fertig werden, dessen Ökonomie ruiniert ist, dessen Armee geflohen ist und dessen Massen von der Revolution mehr erwarten als nur Sprüche über „ein neues Nicaragua". Man muß nicht einmal Marxist sein, um zu erkennen, daß die provisorische Regierung des nationalen Wiederaufbaus alles andere als eme stabile herrschende Gruppe ist, die sich auf ein bestimmtes Programm festgelegt hat. Alan Riding von der *New York Times* vom 22. Juli drückt das so aus:

„Anastasio Somoza Debayle wurde letzte Woche hinausgeworfen, weil er es geschafft hatte, fast alle Sektoren Nicaraguas gegen sich zu vereinigen. In der Hitze des Krieges gelang es ihm sogar, die seltsamsten Bundesgenossen dazu zu bringen, gemeinsam eine provisorische Regierung des nationalen Wiederaufbaus zu bilden. Aber kann dieses Potpourri von Klassen und Ideologien in der Regierung ebenso zusammenarbeiten wie in der Opposition?

Je näher die Opposition an die Macht rückte, umso fragiler erschien dann auch die Koalition. Es war immer einfach gewesen, gemeinsame Anklagen gegen die Diktatur zu verfassen, aber es war viel schwieriger für konservative Geschäftsleute, sozialdemokratische Intellektuelle und marxistische Guerillas, sich darüber zu verständigen, was sie ersetzen sollte."

Die sandinistischen Guerillas scheinen den bürgerlichen Vertretern den größeren Anteil an der Regierungsmacht überlassen zu haben. Nur zwei von dem Dutzend Ministern sind Sandinistas; der Rest sind Großkapitalisten, Priester und Technokraten. Aber die wirkliche Macht liegt nicht bei den Ministerien. Auch Castro war nicht Mitglied der ersten Regierung nach Batista; er war einfach nur der Befehlshaber der Rebellenarmee. Während die sandinistischen Führer ihren bürgerlichen Partnern großzügig Ministersessel zugestanden, haben sie ihnen nicht das Kommando über die Armee überlassen. Die gewiefteren bürgerlichen Zeitungen weisen daraufhin, daß in Nicaragua zur Zeit der sandinistische Veteran Borge der starke Mann zu sein scheint, gleichzeitig Innenminister als auch einer der drei Oberbefehlshaber der neuen Volksarmee. Borge, nicht der Verteidigungsminister (ein alter Veteran der Nationalgarde), bestimmt über die Streitkräfte.

Aber bis heute bestehen die sandinistischen Führer genauso entschieden wie ihre bürgerlichen Kollegen darauf, daß das „neue Nicaragua“ kapitalistisch sein wird. Borge wehrt sich gegen das Etikett eines „Castros von Nicaragua“ mit den Worten, „ich habe niemals gesagt, daß ich Marxist bin“, und bekräftigt weiter:

> „Es gibt eine Sache, die wir garantieren möchten. Privatbesitz wird in diesem Land respektiert werden . Das einzige, was der revolutionäre Staat in Verwaltung übernommen hat, sind die Besitztümer Somozas und seiner Henker. Die Industriellen können unbesorgt sein“ *(Washington Post,* 25. Juli).

Man sollte annehmen, daß Castro über die Sandinistas verärgert ist, die er unterstützt hatte, als sie schwach waren, und die jetzt Kuba als ein revolutionäres Modell verwerfen. Aber weit gefehlt, der stalinistische *líder máximo* ist in den Chor derjenigen eingefallen, die behaupten, daß die Sandinistas für ein soziales System eintreten, das einzig und allein auf Nicaragua zugeschnitten sei:

> „Denjenigen, die gesagt haben, daß Nicaragua ein neues Kuba wird, antworten wir genauso wie die Sandinistas geantwortet haben, nämlich daß Nicaragua ein neues Nicaragua wird - und das ist etwas ganz anderes“ (UPI-Meldung, 27. Juli).

Die Zukunft der nicaraguanischen Revolution

Einem entscheidenden Teil der sandinistischen Kader wird es vielleicht zusammen mit ihren gegenwärtigen bürgerlichen Verbündeten gelingen, einen bürgerlichen Staat unter den Fittichen des Yankee-Imperialismus wiederaufzubauen. Aber das ist nicht die einzige Möglichkeit. Ein Aufschwung militanter sozialer Kämpfe von unten (z. B. Landbesetzungen durch die Bauern, Volksrache gegen Somozas Nationalgardisten) könnte, vor allem wenn dadurch eine feindliche Reaktion der USA provoziert wird, einen Teil der radikalen kleinbürgerlichen Sandinisten nach links drängen. Das könnte zu einer bürokratisch deformierten sozialen Revolution führen. Auf der anderen Seite könnte, besonders bei Fehlen einer bewußten revolutionären Führung, eine solche Entwicklung ebenso zu einer blutigen Konterrevolution der einheimischen Bourgeoisie im Bündnis mit dem US-Imperialismus führen.

Es gibt einen anderen Weg, in dem die wirkliche Hoffnung für den Sieg der nicaraguanischen Revolution liegt: die Herausbildung der Arbeiterklasse als einer unabhängigen klassenbewußten Kraft im Kampf um die Macht. Die Schaffung von unabhängigen Organen der Arbeitermacht (d. h. Arbeitermilizen, Fabrikkomitees, Sowjets) würde ihrerseits die Basis für die rasche Entwicklung einer revolutionären proletarischen (leninistischen) Partei schaffen. Die Entwicklung proletarischer revolutionärer Kräfte würde die kleinbürgerlichen bonapartistischen Gelüste *aller Flügel der sandinistischen Führung* gefährden; ein Teil dieser kleinbürgerlichen Bewegung würde wahrscheinlich zu den Arbeitern und ihrer Avantgarde übergehen, während andere Elemente eher ins Lager der bürgerlichen Reaktion zurückfallen würden.

Die gegenwärtige „Einheit“ der Anti-Somoza-Revolution wird auf die eine oder andere Weise durch den Klassenkonflikt zerstört werden. Der Sturz Somozas wirft an sich schon die radikale Wiederaufteilung des kapitalistischen Eigentums in Nicaragua auf. Dieser blutsaugende Milliardär besaß mehr als 30 Prozent des bebaubaren Landes zusammen mit riesigen Viehherden. Er hatte den ausschlaggebenden Anteil an der nationalen Fluggesellschaft, besaß die größte Reederei und die größte Fleischkonservenfabrik des Landes, einige Baufirmen und vieles mehr – das alles ist jetzt vom neuen Regime übernommen worden.

Die Frage, was mit diesen Besitztümern geschehen soll, wird ein Thema größerer Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen sozialen Klassen werden, die zur Zeit die sandinistisch/bürgerliche Junta unterstützen. Die Bauern erwarten und werden fordern, daß die Besitzungen Somozas die Basis für eine radikal egalitäre Agrarrevolution werden. Die bürgerlichen Politiker in Managua werden versuchen, Somozas ehemaligen Reichtum in ihre eigenen Taschen und die ihrer Freunde wandern zu lassen. Der sandinistische Minister für Agrarreform, Jaime Wheelock, schlägt vor, die meisten von Somozas Gütern in Genossenschaften umzuwandeln, ein Vorschlag, der seinen bürgerlichen Minister-Kollegen, die selber landhungrig sind, wenig zusagen kann. Obendrein müssen bürgerliche Landbesitzer befürchten, daß sich die Landenteignungen über „Tachos“ Besitzungen hinaus auch auf ihre eigenen ausdehnen könnten. Wie in Kuba im Jahre 1959 ist es möglich, daß es über Umfang und Wesen der Agrarreform zum ersten großen Zusammenprall zwischen bürgerlichen Ministern wie Alfonso Robelo (Nicaraguas Baumwollöl-Magnat) und kleinbürgerlichen Radikalen wie Wheelock kommt.

Während die sandinistisch/bürgerliche Junta in Managua die Vorzüge des Reformkapitalismus preist, sieht das Bild in der zweitgrößten Stadt León recht anders aus. Diese Stadt fiel den sandinistischen Kräften im Juni in die Hände und die linksgerichtete Fraktion „Verlängerter Volkskrieg“ hat dort die Oberhand. In dieser Stadt, von der spanischen Zeitschrift *Cambio 16* als das „kommunistische León“ bezeichnet, werden Essen und andere Versorgungsgüter kostenlos durch Stadtteilkomitees verteilt, ist das Geld aus dem Verkehr gezogen worden, sind geschäftliche Transaktionen verboten und ist die Arbeit militarisiert.

Angesichts des fast totalen ökonomischen Zusammenbruchs durch den Bürgerkrieg sind Rationierungen und andere Formen des „Kriegskommunismus“ nicht notwendigerweise Angriffe auf das kapitalistische System. Aber viele militante Sandinistas, Arbeiter und Arme betrachten das „kommunistische León“ nicht als eine Nachkriegsnotmaßnahme, sondern als ein Modell für den sozialistischen Wiederaufbau des Landes. Die *New York Times* vom 29. Juli zitiert einen der linken Führer von León, der das Regime in Managua als reformistisch kritisiert und der feststellt, „es gibt hier eine Menge Leute, die gerne sehen würden, wenn dieser Staat marxistisch wäre“. Er sagt zweifellos die Wahrheit.

Arbeiter an die Macht! Für eine trotzkistische Partei!

Die Massen in Nicaragua können und wollen nicht wie früher leben. Aber um eine sozialistische Revolution herbeizuführen, müssen die radikalisierten Massen von einer revolutionären Avantgardepartei, zentral gestützt auf das Proletariat und mit einer internationalen Perspektive, politisch geführt und organisiert werden. In Abwesenheit einer solchen leninistischen (trotzkistischen) Partei kann Nicaragua *bestenfalls* in einer *deformierten* sozialen Revolution ein zweites Kuba werden, wobei die Arbeiterklasse von einer engstirnig nationalistischen, parasitären Bürokratie niedergehalten wird. „Sozialismus in einer Bananenrepublik“ kann nur eine Barriere für die Entwicklung der sozialistischen Revolution in Lateinamerika sein.

Aber das vorgeblich trotzkistische Vereinigte Sekretariat (VS) sieht gar keine Notwendigkeit für eine leninistische Avantgardepartei – weil seine gesamte Perspektive freund-

Fortgesetzt auf Seite 12

TLD contra linke Mullah-Anhänger

„Der Sieg einer reaktionären Bewegung unter moslemisch-traditionalistischen Vorzeichen würde eine tiefgehende historische *Niederlage* für Kommunisten bedeuten, die eine revolutionäre Befreiung von halbfeudaler Rückständigkeit erstreben. Die religiöse Opposition verkörpert das Erbe des Mittelalters, sie widersetzt sich selbst den erbärmlichen sozialen Maßnahmen, die in den letzten Jahrzehnten zugunsten der Frauen durchgeführt worden sind" („Iran im Aufruhr - Nieder mit dem Schah! Nieder mit den Mullahs!", in: *Kommunistische Korrespondenz* Nr. 23, Oktober 1978).

Nur die internationale Spartacist Tendenz (iST) hat - schon zu Zeiten des Schah - die Forderung aufgestellt „Nieder mit dem Schah! Nieder mit den Mullahs!". Heute, wo die Ajatollahs unsere Einschätzung blutig bestätigen, kommen die vorgeblich revolutionären Organisationen wie Gruppe Internationale Marxisten (GIM), Spartacusbund und Kommunistischer Bund (KB) mit einem Kurswechsel nicht so recht hinterher. Sie reden immer noch von „Revolution in Iran" oder „demokratischer Etappe".

Die Trotzkistische Liga Deutschlands (TLD) hat in der deutschen Linken für die einzig marxistische Position zu Iran gekämpft. Die nachstehenden Veranstaltungen und Interventionen stehen für zahlreiche andere in Westdeutschland.

Göttingen, 10. Juli 1979
„Nicht Chomeini hat gelogen, sondern die Linke."

Silvia Lenz, Mitglied des ZK der TLD, wies in ihrem Referat auf der Veranstaltung der TLD in Göttingen daraufhin, daß keine der vorgeblich revolutionären Organisationen sich wegen der „Fehleinschätzung der islamischen Revolution" heute damit entschuldigen könne, Chomeini hätte ihnen etwas vorgegaukelt. Der Ober-Ajatollah hatte bereits in seinem Pariser Asyl unzweideutig erklärt, eine Theokratie auf der Grundlage des Koran errichten zu wollen.

Trotz eines physischen Angriffs unmittelbar vor der Veranstaltung von zwei CIS-Anhängern (iranischen Maoisten) auf TLD-Mitglieder zeigten sich die circa 13 anwesenden iranischen Studenten erstmals seit dem Sturz der Pahlewi-Tyrannei angesichts der Verschärfung des Mullah-Terrors diskussionsbereiter. Während ein paar islamische Studenten vollauf das Chomeini-Regime unterstützten, waren Anhänger der Fedajin und der CISNU/Linke Plattform darum bemüht, ihre Kapitulationspolitik vor den Mullahs als „massenverbunden" zu rechtfertigen. Interessant aber nicht verwunderlich war, daß einige von ihnen noch nie von der HKS gehört hatten. Die deutsche Schwesterorganisation der iranischen HKS, die GIM, hatte damals auch nicht viel zu ihrer Bekanntheit beigetragen. Diese vorgeblichen Trotzkisten, die durch das Bejubeln der „iranischen Revolution" die Mitschuld am Schicksal der HKS tragen, sind nicht einmal hinterher in der Lage, den reaktionären Klerus als solchen einzuschätzen. Während die TLD z.B. in der Frankfurter Universität für die Verteidigung der verhafteten HKS-Mitglieder und gegen die islamische Reaktion auftrat, schwieg die GIM wütend hinter ihrem Büchertisch.

Berlin, 16. August 1979
„Freiheit für HKS und Fedajin! Schluß mit der Repression gegen Iraner, die SAVAK-Agenten zur Rede stellten!"

In der Mensa der Technischen Universität in Berlin hielt eine Genossin der TLD vor knapp 100 Anwesenden eine Ansprache, in der sie aufzeigte, daß eine Verteidigung der Gefangenen in Iran nur möglich ist durch eine Mobilisierung der Arbeiterklasse gegen die Mullahs, nicht indem man Hoffnungen in einen angeblich „progressiven", „roten" oder gemäßigten Flügel des Klerus setzt. Selbst die einfachsten demokratischen Rechte werden erst durch einen Sturz der Mullahs erkämpft werden können. Sie forderte ebenfalls die Freilassung der verhafteten Iraner, die SAVAK-Agenten zur Rede gestellt hatten. Ein Mitglied der Kommunistischen Hochschulgruppe (KHG - Studenten"massen"Organisation des KBW) fühlte sich dazu berufen, die neuesten Maßnahmen des reaktionären islamischen Regimes (Pressegesetz, Besetzung des Fedajin-Hauptquartiers) lautstark zu verteidigen. Maostalinisten und Mullah-Anhänger stehen in einer Front als Sprachrohr der „progressiven Rolle des Islam" gegen die Trotzkisten.

Es entfaltete sich eine erhitzte Diskussion, bei der ein Student aus dem Nahen Osten die Ungleichheit der Frauen in Iran kritisierte. Mit beträchtlicher Geschwindigkeit wurde er von Chomeini-Anhängern umringt, die versuchten, ihn wieder „auf Linie" zu bringen. Es ist uns gelungen, durch unsere proletarische Perspektive für Iran bis in die Reihen der „kritischen" Mullah-Unterstützer hinein eine Polarisierung zu schaffen über die Frage: Wen verteidigt ihr - den islamischen Klerus an der Macht oder seine Opfer?

Frankfurt, 7. September 1979
„Die revisionistische Politik von GIM/VS führt zum Tod von iranischen Sozialisten, Kurden, Arabern und anderen Minderheiten!"

Hinter dem breiten, aber schwachen Rücken des Sozialistischen Büros, das als Organisator der Veranstaltung im Frankfurter „Club Voltaire" zeichnete, versteckte sich die GIM. Das Referat hielt der neue Chefredakteur der *was tun,* Peter Bartelheimer, der nur eine objektivistische Beschreibung der Unterdrückung in Iran lieferte, ohne jedoch eine konkrete Perspektive aufzeigen zu können. Sinn der Veranstaltung war – das wurde schnell deutlich -, ihre schmutzige Vergangenheit als Mullah-Apologeten so schnell wie möglich „solidarisch" zu verwischen. Diese Schmierenkomödie wurde durch die Intervention der TLD gesprengt: „Wer hat Chomeini zum .Demokraten' hochstilisiert? Wer hat den Sieg der islamischen Reaktion als .Revolution' charakterisiert? Ihr tragt selbst die Verantwortung mit dafür, daß Eure Genossen von der HKS heute vor Erschießungskommandos stehen."

Wir werden auch weiterhin gegen diese vorgeblichen Trotzkisten und alle vorgeblich revolutionären Organisationen programmatisch kämpfen. Der Kern der zukünftigen Partei der Weltrevolution muß im Kampf gegen die verräterischen Revisionisten wie Mandel & Co. geschmiedet werden

Vorwärts zur Wiedergeburt der Vierten Internationale!

Kontaktadressen der TLD

Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt/Main 1
Postfach 11 06 47,1000 Berlin 11

Massaker in Kurdistan

Im August hat das Chomeini-Regime die Angriffe auf seine linken Gegner und die nationalen Minderheiten in Iran scharf eskaliert. Demonstranten werden nicht länger nur von inoffiziellen zivilen Schlägern der „Imam-Komitees“ verprügelt, sondern stehen jetzt auch den schweren Waffen der „Wächter der Islamischen Revolution“ (Pasdaran) und der regulären Armee des Ex-Schah gegenüber. Nach Massendemonstrationen Mitte August in Teheran, die sich gegen die Unterdrückung der liberalen Tageszeitung *Ajandegan* wandten, wurden die Büros der pro-Moskauer Tudeh-Partei, der guevaristischen Fedajin und der Sozialistischen Arbeiterpartei (HKS) ausgeplündert und geschlossen. Ihre Zeitungen wurden verboten.

Zum größten Teil jedoch richtete sich Chomeinis reaktionäre Repression gegen die kurdische nationale Minderheit. Um ihren Kampf für Autonomie vom persischen chauvinistischen Regime in Teheran zu zerschlagen, befahl Chomeini seinen Pasdaran, den Armeetruppen und der Luftwaffe, im iranischen Kurdistan eine Terrorkampagne großen Stils zu starten. Obwohl diverse Pseudosozialisten diese Schlächterei jetzt mit der zynischen Behauptung zu erklären versuchen, der Ajatollah habe einen „Putsch gegen sich selbst“, gegen sein eigenes Regime durchgeführt, begannen die Angriffe gegen die Kurden, Araber, Turkmenen, Frauen, Arbeiter und die Linke in Chomeinis Iran nicht erst gestern. Die linken Mullah-Verehrer versuchen ihr eigenes Versagen zu verschleiern, die Opfer der von ihnen so inbrünstig unterstützten „Islamischen Revolution“ entschieden zu verteidigen. Iran ist ein Völkergefängnis für die unterdrückten Nationalitäten, einschließlich der kurdischen Nation, die bei der imperialistischen Zerstückelung des Osmanischen Reiches in Versailles auf fünf Staaten des Nahen Ostens aufgeteilt wurde. Da die iranischen Kurden vornehmlich Sunniten sind, unterliegen sie auch der religiösen Schikanierung in Iran, wo 90 Prozent der Bevölkerung zum schiitischen Zweig des Islam gehören.

Chomeini schlachtet Kurden ab – die HKS verweigert ihnen das Recht auf Unabhängigkeit

Die Verfolgung der Kurden ist unter Chomeinis klerikaler schiitischer Diktatur sogar *noch brutaler* als unter dem Schah. So wurden in nur vier Tagen Kampf im März in Sanandad sch, der Provinzhauptstadt Kurdistans, mehr als 400 Kurden abgeschlachtet. Und während der jüngsten Invasion sagte ein Sprecher der Demokratischen Partei Kurdistans, daß „der einzige Unterschied“ zwischen Chomeini und dem Schah darin besteht, „daß sie unter dem Pahlewi-Regime nicht derart rücksichtslos unschuldige Leute töteten“.

Der gegenwärtige Kampf in Kurdistan begann in Pahweh, einer Stadt mit 15 000 Einwohnern nahe der irakischen Grenze. Die Kurden in Pahweh, die von dem Banditentum der islamischen Milizen Chomeinis genug hatten, vertrieben die Pasdaran und belagerten einen Außenposten der Polizei, wo sich ein stellvertretender Ministerpräsident mit 20 Soldaten verschanzt hatte. Wütend darüber, daß seinen schiitischen Kriegern von mutigen und kampferprobten kurdischen Partisanen ein solch verletzender Schlag beigebracht worden war, ging Chomeini auf den Kriegspfad und erklärte sich selbst zum obersten Befehlshaber der Streitkräfte. Erstmals wurde die iranische Luftwaffe gegen die kurdische Bevölkerung eingesetzt. Unter dem Schah gekaufte Phantom-Jagdbomber, kombiniert mit Kampfhubschraubern und schwerer Artillerie, verwandelten Pahweh in ein Trümmerfeld und trieben seine Bevölkerung in die Berge und über die Grenze.



Dieses Szenario wiederholte sich in Sanaridadsch, obwohl der Generalgouverneur Kurdistans, Mohammed Raschid, protestierte: „Es gibt hier keine Unruhe. Sowohl in der Stadt als auch in den Armeekasernen ist es friedlich und der örtliche Kommandeur hat keine Verstärkungen angefordert“. *Die New York Times* schreibt: „Viele iranische Beobachter sind der Auffassung, daß die ganze Episode durch den Ajatollah und seine Unterstützer inszeniert wurde, um einen Vorwand für einen quasi internen Putsch zu haben“. Als die persische Armee Mahabad erreichte, die größte Stadt in Kurdistan und die Hauptstadt der kurzlebigen Kurdischen Demokratischen Republik von 1946, wurden fast 100 000 zur Flucht gezwungen. Noch bevor das jüngste Gemetzel vorüber war, lagen mindestens 600 Kurden massakriert am Boden. Zudem wurde Ajatollah Chalchali, im Volksmund „der Blutrichter“ genannt, nach Kurdistan geschickt, um als „Reiserichter“ zu agieren. Bislang hat er mehr als hundert Kurden, denen er Rebellion vorwirft, dem Erschießungskommando, übergeben.

Jetzt, wo die kurdischen und arabischen Minderheiten des Iran von der islamischen Reaktion terrorisiert werden, hat die vorgeblich trotzkistische HKS die Forderung nach ihrem Recht auf Selbstbestimmung fallengelassen. Stattdessen heißt es in ihrer Zeitschrift *Kargar* (18. Mai):

„Der Ruf nach .Bekämpfung des Separatismus' - der zur Zeit des früheren Schah dazu benutzt wurde, den Ruf nach Gerechtigkeit für die unterdrückten Völker des Iran zu ersticken – wird erneut zur Rechtfertigung verwandt, um den Arabern die gerechten nationalen und Menschenrechte zu verweigern... Der gleiche Vorwand wurde benutzt, um die Massaker an den Kurden in Sanandadsch und an den Turkmenen in Gonbad-e Kawus zu organisieren. Keine der Forderungen, die bislang von den Arabern erhoben wurden, sind daraufhinausgelaufen, ‚einen Zentimeter iranischen Landes abzutrennen',„ *(Intercontinental Press,* 11. Juni).

Aber das zentrale nationale Recht der Araber Chusistans, der Kurden und der Turkmenen ist eben genau das *Recht auf Abtrennung.* Für die HKS, eifrig darum bemüht, den schiitisch-persischen chauvinistischen Führern der „Islamischen Revolution“ nicht in die Quere zu kommen, ist Abtrennung kein legitimes Recht. Stattdessen ist die HKS wie der Schah und wie Chomeini der Meinung, daß der Ruf nach Separatismus eine Forderung ist, die man ruhigen Gewissens in Blut ertränken darf.

Chomeinis „Einzige Partei Gottes“

Am Vorabend seines Blutvergießens in Kurdistan hielt Chomeini auf einer Kundgebung seiner Gläubigen bei seinem religiösen Hauptquartier in Ghom eine islamische „Pech und Schwefel“-Rede. Er machte besonders deutlich, was er unter einer „Islamischen Revolution“ versteht:

„Hätten wir auf eine revolutionäre Art und Weise gehandelt, hätten wir all den Schreiberlingen den Garaus gemacht, hätten wir all, diese korrupten Parteien unter-

Fortgesetzt auf Seite 11

Kriminelle Politik von GIM/VS

Ihr wolltet Chomeini - jetzt habt ihr ihn!

Sie verbeugten sich vor ihren Schlächtern.

Als Ajatollah Chomeini nach dem Sturz des blutigen Schah in Iran an die Macht kam, setzte die amerikanische Socialist Workers Party (SWP), die Schwesterorganisation der GIM, eine Überschrift auf die Titelseite ihrer Zeitung, in der sie dieses Ereignis würdigte, eine Überschrift, die in den Annalen des Klassenverrats verewigt werden wird: „SIEG IN IRAN!“ *(Militant,* 23. Februar). *Wem gehört jetzt der Sieg, GIM/SWP?*

Seit dem Sturz des Pfauenthrons haben die Ereignisse in Iran praktisch jeden Tag bestätigt, daß die Früchte dieses „Sieges“ sich in der brutalen Unterdrückung der Minderheiten zeigen; in der Hinrichtung von Streikenden, Homosexuellen, Ehebrechern und anderen, denen man „Verbrechen gegen Gott“ vorwirft; in der Steinigung von unverschleierten Frauen und der Unterdrückung aller oppositionellen Parteien und der Presse. Das gegenwärtige Abschlachten von hunderten von Kurden im Nordwesten Irans ist nur die neueste Repressionsmaßnahme dieser schiitischen Theokratie bei der Konsolidierung *ihres* Sieges.

Die internationale Spartacist Tendenz (iST) war in der ganzen internationalen Linken die einzige Organisation, die die Wahrheit sagte, was durch Chomeinis „Islamische Republik“ jeden Tag bestätigt wurde: der Sieg der Mullahs bedeutet ein Regime, das genauso reaktionär ist, wie das des Schah. Im Gegensatz hierzu verdunkelten und verschleierten die GIM, die SWP und ihre Verbündeten von der iranischen HKS (Sozialistische Arbeiterpartei) auf allen Ebenen den reaktionären Charakter von Chomeinis islamischem fundamentalistischem Regime. Heute erfährt die HKS - genauso wie auch andere linke und nichtreligiöse Gruppen — die Konsequenzen des „Sieges“, dem sie erst sechs Monate zuvor zugejubelt hat, wenn ihre Büros geplündert und geschlossen, ihre Presse unterdrückt, ihre Mitglieder verprügelt, eingekerkert und mit der Hinrichtung bedroht werden.

Trotz der Tatsache, daß die brutale islamische Repression gegen die Linke, die Frauen, die nationalen Minderheiten und Homosexuellen am ersten Tag des Mullah-Regimes begann, charakterisierte jenes Gremium, das sich den haarsträubend irreführenden Namen „Vereinigtes Sekretariat der Vierten Internationale“ (VS) zugelegt hat und mit dem die GIM, die amerikanische SWP und auch die iranische HKS „brüderlich“ verbunden sind, den Ajatollah als „progressiv“ und „anti-imperialistisch“. Sogar Chomeinis Angriff auf ihre HKS-Genossen erzeugte nur eine oberflächliche Antwort. Was das VS mit großem Eifer betrieb, war dagegen, die Spartacists aus der Verteidigung der bedrohten iranischen Sozialisten auszuschließen. Erst jetzt, als es diesen eingefleischten, durch ihren Opportunismus geblendeten Nachtrabpolitikern schließlich dämmerte, daß sie tatsächlich für ihren Verrat zu zahlen haben, wurde das VS verspätet lebendig; jetzt schreien die VS-Zeitungen: „Stoppt die Hinrichtung der Sozialisten in Iran!“

Fortgesetzt auf Seite 10

Ihr wolltet Chomeini . . .

Fortsetzung von Seite 9

Jetzt spielen sie das altbewährte reformistische Spiel und versuchen, ihre Spuren zu verwischen, indem sie die Gefahr herauskehren, in der die gefangenen HKS-Mitglieder schweben. Mit dem gleichen Taschenspielertrick versuchten die Stalinisten nach dem Pinochet-Putsch von 1973, die Protestbewegung völlig auf die Befreiung des eingekerkerten Führers der Kommunistischen Partei, Corvalân, zu konzentrieren. Die iST verteidigte Corvalân, betonte aber gleichzeitig, daß das Werben der chilenischen KP für Vertrauen in das „verfassungstreue" Offizierskorps den Weg der blutigen Konterrevolution ebnete. Auch heute erheben wir wieder den Finger, um auf den Schuldigen zu zeigen. Die jetzige Lage der HKS wurde durch ihre eigene kriminelle Politik vorbereitet. *Die Wahrheit ist: ihre Genossen sind nicht einfach nur Märtyrer - sie sind gleichzeitig auch die Opfer der VS-Unterstützung für Chomeini.*

Aber diese Kathedersozialisten mögen es nicht, über ihre Verantwortlichkeit für Verbrechen zu sprechen. Als VS-Führer Ernest Mandel vor kurzer Zeit in den Vereinigten Staaten sprach, reagierte er sauer auf die Anschuldigungen unserer Genossen, er und seine Organisation hätten die Arbeiterklasse mit ihrer Unterstützung für die Volksfronten in Chile, Portugal und anderswo verraten:

> „Ich sehe keine Arbeiterkämpfe, die von der Organisation, für die ich stehe, verraten worden sind ... Das Wort ‚Verrat' ist völlig fehl am Platz ... Ihr könnt sagen, es war eine falsche Politik oder ein politischer Fehler. Aber von Verrat zu sprechen - man kann nicht Leute in dieselbe Kategorie einreihen, die für den Tod von Hunderttausenden und Millionen von Arbeitern verantwortlich sind."

Für Seminarmarxisten wie Mandel haben Worte keine Folgen. Wenn das VS die lateinamerikanische Jugend aufrief, in die Berge zu gehen und Guevaras bankrotter Guerillastrategie zu folgen, wenn die SWP die konterrevolutionäre, von der CIA finanzierte und von den portugiesischen Sozialisten angeführte Mobilisierung unterstützte - dann ist das halb so schlimm, es war nur ein „politischer Fehler".

Nein, es ist *Verrat* - Verrat am Proletariat, am Marxismus, Verrat an jedermann, der euren Ratschlägen folgt. Und das ist es, was in Iran stattgefunden hat. Es stimmt, das VS ist nicht einflußreich genug, um „Hunderttausende und Millionen von Arbeitern" in den Tod zu führen – aber zumindest 14 von euren eigenen Anhängern in der iranischen HKS droht jetzt lebenslänglich oder die Todesstrafe, eingekerkert von dem Regime, dessen Sieg von euch pseudo- trotzkistischen Nachtrabpolitikern begrüßt worden ist.

VS, SWP,GIM, HKS - Ernest Mandel, Jack Barnes und Konsorten - ihr habt ein Verbrechen begangen, für das ihr vor dem Gericht der Geschichte verantwortlich gemacht werden werdet. Ihr müßt damit leben, weil eure eigenen Genossen deswegen vielleicht sterben müssen.

VS versucht, Spuren zu verwischen

Nachdem das VS monatelang daran gearbeitet hat, den reaktionären Charakter von Chomeinis islamischem Regime zu verschleiern, versucht es jetzt verzweifelt, seine Linie zu ändern, ohne daß jemand es bemerkt. *Socialist Challenge* (30. August), die Zeitung der britischen International Marxist Group (IMG), verkündet auf ihrer Rückseite mit einer großen Schlagzeile: „Weißer Terror in Iran" und läßt verlauten: „Chomeini ist zum Schah des Iran geworden". Die IMG unterläßt es, uns zu informieren, wie dieses reaktionäre Regime anstelle von Chomeinis „progressiver" Herrschaft, der sie gestern noch zujubelte, hat treten können. Auch *Rouge* (24.-30. August), die Zeitung der französischen Ligue Communiste Revolutionäre, geht soweit, von einem „Staatsstreich" Chomeinis zu sprechen. Gegen sich selbst?

Auch die GIM entdeckt „reaktionären Terror" in Iran, nur um gleichzeitig an der Fiktion festzuhalten, daß die islamische Oppositionsbewegung eine „Revolution" vollzogen hätte. Jetzt „tötet" Chomeini die „Revolution" (was *tun* Nr. 273,6. September). Es ist nur konsequent, wenn sich die Verteidigung ihrer mit dem Tod bedrohten HKS-Genossen durch die GIM darauf reduziert, sich bei *deren Henkern* in ekelerregender, schleimiger Art und Weise anzubiedern. Kommentarlos – also zustimmend – druckt *was tun* (Nr. 274, 20. September) eine Bittschrift ihrer politischen Freunde Jakob Moneta und Heinz Brandt an den iranischen Generalkonsul in der Bundesrepublik ab, in dem es heißt:

> „ ... Wir haben ... nicht den geringsten Anlaß, antirevolutionären oder reaktionären Kräften im Iran in irgendeiner Weise Vorschub zu leisten, sondern verteidigen mit ganzem Herzen jeden Fortschritt der Revolution im Iran. Wir sind jedoch über die letzten Entwicklungen in Ihrem Lande beunruhigt, da sie uns die Revolution aufs äußerste zu gefährden scheinen...

Die Sozialistische Arbeiterpartei Irans ist eine prinzipielle Gegnerin des Terrors..." Dann zitieren sie eine Stellungnahme der HKS, in der die Ermordung des Ajatollah Motahari als eine „konterrevolutionäre Tat" charakterisiert wird.

Im Klartext: Liebe Mullahs, wir unterstützen eure Revolution mit ganzem Herzen. Aber um eurer Glaubwürdigkeit willen, bitte, mäßigt euch, erlaubt der HKS weiterhin, „Allah akbar" zu rufen; begegnet den Kurden nicht mit Gewalt, sie werden sich mit „Autonomie innerhalb des iranischen Staates" zufriedengeben. Die HKS ist eine um jeden Preis friedliche Organisation, sie stellt für euch keine Gefahr dar, gestattet ihr weiterhin, „solidarische Kritik" zu üben und euch weiterhin zu unterstützen.

Für diese kriminelle Politik werdet Ihr Euch verantworten müssen, Gruppe „Internationale Marxisten"!

Selbst die vehementesten Mullah-Unterstützer der amerikanischen SWP sind jetzt dabei, wenn auch zögernd, sich

vom blutbefleckten Ajatollah zu distanzieren. Jetzt schreiben sie:

„Chomeinis Vorgehen, auf den Schutz des nicht rechtmäßig erworbenen Eigentums der Großgrundbesitzer und der Kapitalisten abzielend, führen ihn zur Unterordnung unter den US-Imperialismus, trotz der anti-imperialistischen Haltung, die er bislang einzunehmen versucht hat" *(Militant,!.* September). Aber es war die SWP, die als größter Fürsprecher für Chomeinis „anti-imperialistische Haltung" innerhalb der amerikanischen Linken auftrat. Noch vor weniger als einem Jahr bejubelte die SWP Chomeini im *Militant* (17. November 1978) als fortschrittlich:

> „Obwohl Chomeini einer religiösen Ideologie anhängt, ist die Grundlage seines Vorgehens nicht religiöse Reaktion. Im Gegenteil, er hat bei den iranischen Massen breite Unterstützung gewonnen, weil seine entschiedene Opposition zum Schah und gegen die Modernisierung des Schah fortschrittlich ist".

Die SWP hat sich dermaßen in ihrem Kokon bürgerlich-demokratischer Illusionen eingesponnen, daß sie nicht die brennende Notwendigkeit der Trennung von Kirche und Staat in rückständigen Ländern anerkennt. Chomeinis religiöse Ideologie ist sein politisches Programm: d. h. eine islamische fundamentalistische Theokratie basierend auf großpersischem Chauvinismus und dem Moralkodex von Basar-Patriarchen und Beduinen.

Als die iST die Wahrheit über die Bedeutung des Sieges der islamischen Revolution sagte und die Forderung erhob: „Nieder mit dem Schah! Nieder mit den Mullahs!", behauptete die SWP, wir seien „blind vor Sektierertum" und „chauvinistisch". Aber die wirklichen Chauvinisten sind jene, die sich weigerten, ihre internationalistische Pflicht zu erfüllen und die arbeitenden Massen des Iran zu warnen, daß Chomeinis „Islamische Revolution" sich um keinen Deut fortschrittlicher als die „Weiße Revolution" des Schah erweisen würde. Für viele Teile der Unterdrückten (z. B. der religiösen Minderheiten und der Frauen) hat sie sich bereits als noch repressiver erwiesen. Das wird inzwischen selbst von der SWP in ihren Publikationen zugegeben.

Fortgesetzt auf Seite 12

Kurden . . .

Fortsetzung von Seite 9

> drückt, hätten wir auf dem Marktplatz jeder Stadt Galgen aufgestellt, würden wir heute nicht so viele Probleme haben."

Gewiß, neue autoritäre Strukturen werden nicht über Nacht geschaffen, nicht einmal durch „Imame". Jedoch nur die übelsten politischen Schufte sind fähig, eine solche Periode wachsenden reaktionären Terrors als „Demokratie" zu verkaufen. Genau das haben die Socialist Workers Party (SWP) und ihre geistigen Kompagnons getan.

Auf das Wort hat Chomeini rasch die Tat folgen lassen. Am folgenden Tag rief er dazu auf, alle politischen Parteien außer der einen und einzigen Partei Gottes zu verbieten. Dieser vorgeblich intransigente Kämpfer gegen die Pahlewi-Dynastie erklärte, er wolle Iran in einen Ein-Parteien-Staat verwandeln. „Wir wollen es genauso machen wie die Rastachis (Partei der Wiederauferstehung)", sagte er, sich auf die vom Schah geschaffene Partei beziehend. Drei Tage später wurden 22 Publikationen verboten, darunter der *Kargar* der HKS, der maoistische *Toufan, Mardom* von der Tudeh-Partei und die Presse der Nationalen Demokratischen Front.

Chomeini wollte nicht nur die Partei des Schah „wiederauferstehen" lassen, zur gleichen Zeit wurden viele der Schah- Generale wieder in das Offizierskorps integriert. Generalmajor Esatollah Nourai, ein alter Schah-Kumpan, wurde zum stellvertretenden Verteidigungsminister ernannt. Um Chomeinis Annullierung militärischer Verträge mit den Vereinigten Staaten im Februar wurde viel Aufhebens gemacht; das galt als Beweis für seine „anti-imperialistische Glaubwürdigkeit". Aber Chomeinis ‚Antimperialismus" beschränkte sich auf solche Symbole der Ausbeutung und westlicher Dekadenz wie Alkohol, Kino, Musik und gemeinsames Baden von Männern und Frauen. Unter der „Islamischen Republik" haben iranische Transportflugzeuge regelmäßig den New Yorker Flughafen angeflogen, um Militärgüter aufzunehmen, die der Schah noch vor seinem Sturz gekauft hatte.

Diese Vorräte wurden jedoch aufgrund Chomeinis blutiger Kampagnen gegen nationale Minderheiten, streikende Arbeiter und die Linke binnen kurzer Zeit verbraucht. So sandte der Ajatollah von Ghom, während Phantom-Jagdbomber kurdische Dörfer angriffen, seinen stellvertretenden Ministerpräsidenten Ibrahim Jasdi nach Washington, um dort mit den amerikanischen „Händlern des Todes" über die Wiederaufnahme einiger der fünf Milliarden umfassenden Lieferungen zu verhandeln, die ursprünglich vom Schah vereinbart worden waren. Und die Vereinigten Staaten sind nur zu gerne bereit, der „Islamischen Revolution" mit Waffen unter die Arme zu greifen. Der *New York Times* (25. August) zufolge sagte der Sprecher des US-State Departments, Tom Reston, daß „die (Carter-)Administration Stabilität in Iran und eine Stärkung der Autorität und Effektivität der Regierung wünscht".

Bereits jetzt werden hundert Offiziere der „islamischen Revolution" auf amerikanischen Militärakademien ausgebildet. Die Arbeiterbewegung muß jegliche Waffenlieferungen an Iran verhindern. Ironischerweise erreichte die Unterstützung der „anti-imperialistischen" Ajatollahs durch die Carter-Administration ihren Gipfel mit einer Vereinbarung, ausgerechnet Heizöl im Werte von 45 Millionen Dollar an Iran zu verkaufen. Angesichts von Carters Geschrei über die Energiekrise hat das zu ziemlicher Unruhe im Kongreß geführt. Mit dieser Maßnahme sollte der Engpaß überwunden werden, der durch die Erdölarbeiterstreiks, kombiniert mit dem von den Mullahs angerichteten Chaos, in der Ölindustrie verursacht wurde.

Soviel zum „Anti-Imperialismus" des Chomeini- Regimes. Während es sich zunehmend auf die Armee des Schah und die Pasdaran, den faschistischen Knüppel der schiitischen klerikalen Reaktion, stützt, kommt sein wahrer Charakter mehr und mehr zum Vorschein. Genau die gleichen Kräfte wurden 1953 mit Hilfe von CIA-Geld von Ajatollah Kaschani mobilisiert, um den bürgerlich- nationalistischen Mossadegh zu stürzen. Diesmal ist Chomeini, nicht zufrieden mit der geistlichen Autorität eines „Imams", selbst zum „neuen Schah" geworden - mit Hilfe der Komplizenschaft der Pseudo-Linken, die ihm zugejubelt haben. Nur die internationale Spartacist Tendenz (iST) hat sich unerschütterlich geweigert, vor dem populären Ajatollah in die Knie zu gehen, nur die iST hat das Recht auf Selbstbestimmung für die nationalen Minderheiten des Iran verteidigt. Nieder mit den Mullahs - Arbeiter an die Macht!

Nach Workers Vanguard *Nr. 239,14. September 1979*

Ihr wolltet Chomeini . . .

Vor kurzem veröffentlichte *Intercontinental Press (10.* September) eine Übersetzung eines Berichts, den ein prominenter algerischer Anwalt aufgrund eines Besuchs bei Gefangenen im Karoun-Gefängnis geschrieben hat, das sich in Chusistan befindet, der Provinz der arabischen Minderheit. Arabische Gefangene haben ihm gegenüber erklärt, daß „die Iranische Revolution keine Änderung bedeutet, was sie betrifft. Für sie gehen die Tributabgaben des alten Regimes, basierend auf den lokalen feudalen Herrschern, weiter, was sowohl ökonomische wie soziale Unterdrückung bedeutet. Die gleichen feudalen Herrscher stehen heute mit den Vertretern des neuen Regimes im Bündnis, so daß sich die Unterdrückung bruchlos fortsetzt.“ Worin besteht der „Sieg“ für die Araber Chusistans, kriminelle Opportunisten der SWP?

Theokratisch-parlamentarischer Kretinismus

Die HKS versuchte ihre Glaubwürdigkeit als loyale sozialdemokratische Opposition zur Diktatur der Mullahs unter Beweis zu stellen, indem sie zu den August-Wahlen für die sogenannte Experten-Versammlung kandidierte. Aber in einer Theokratie zahlt sich Sozialdemokratismus nicht aus, selbst nicht für kurzsichtige, engstirnige Opportunisten. In der Wahlerklärung in der Ausgabe der HKS-Zeitung *Kargar (Arbeiter*) vom 8. August, der letzten vor ihrem Verbot heißt es:

„In drei Tagen werden die Wahlen zur Experten-Versammlung abgehalten werden. Diese Körperschaft soll eine neue Verfassung für den Iran ratifizieren ... Diese Verfassung muß die Errungenschaften der Revolution verteidigen und ausdehnen. . . Die neue Verfassung muß den Weg ebnen für die Errichtung solch einer Regierung der unterdrückten Mehrheit.“

In Wirklichkeit war die Experten-Versammlung durch Chomeinis Schein-Referendum für eine Islamische Republik gebunden, das eine konstituierende Versammlung explizit ausschloß. Die Experten-Versammlung konnte lediglich Chomeinis Verfassungsentwurf abändern in Übereinstimmung mit der Institutionalisierung der Islamischen Republik und der politischen und sozialen Hegemonie der Mullahs. Die Experten-Versammlung war ebensowenig eine Verfassungsgebende Versammlung wie das Kardinalskollegium in Rom. Und sie ist auch nicht demokratischer „gewählt“ worden als dieses Anhängsel des Papsttums.

Angesichts des vorherbestimmten Ergebnisses einer schiitischen klerikalen Diktatur boykottierten viele politische Parteien der nichtreligiösen Gruppierungen und der Minderheiten die Wahlen, einschließlich aller arabischen Parteien. Sogar die bedeutendste liberal-bürgerliche Partei, die National-Demokratische Front, verweigerte eine Teilnahme aus „prinzipiellem Protest gegen die mangelnde Achtung des revolutionären Regimes vor den grundsätzlichen Menschenrechten“. In Iranisch-Kurdistan gaben weniger als zehn Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme ab. So produzierte die HKS das lächerliche Schauspiel von selbsternannten „Trotzkisten“, die für einen Sitz in der Experten-

---

Nicaragua . . .

Fortsetzung von Seite 6

schaftlicher Druck auf die kleinbürgerlichen Sandinistas ist, aus Nicaragua ein „zweites Kuba“ zu machen. Die Erklärung des VS vom 20. Juni „Solidarität mit dem Kampf des nicaraguanischen Volkes“ {*Intercontinental Press,* 9. Juli), erwähnt mit keinem Wort die Notwendigkeit einer revolutionären proletarischen Partei. Stattdessen erklären diese Revisionisten die Sandinistische Nationale Befreiungsfront zur .Avantgarde ... des Volkes von Nicaragua“. Aber die dominierende *Tercerista* -Fraktion hat ein rein bürgerlich demokratisches Programm, während die anderen beiden Fraktionen auf der stalinistischen Standardformel der Revolution in „zwei Etappen“ stehen. Jetzt, wo sie an der Macht sind, haben die Sandinistas nicht nur ihre Absicht erklärt, die Verwaltung eines kapitalistischen Nicaraguas in die Hand zu nehmen, sondern haben schon erste Schritte in diese Richtung unternommen.

Die Kapitulation des VS gegenüber der sandinistischen Führung ging so weit, daß es die Ausweisung der sogenannten Simón-Bolívar-Brigade aus Nicaragua rechtfertigte. Dabei war diese Brigade von der kolumbianischen sympathisierenden Sektion des VS, der PST, organisiert worden, die ein paar Handvoll von Freiwilligen kurz vor Ende des Bürgerkriegs nach Nicaragua gesandt hatte. Das VS erklärte dazu: „ Der Versuch einer Gruppe ausländischer Genossen, sich an die Stelle der im revolutionären Kampf gegen Somoza entstandenen Führung zu setzen, hat nichts zu tun mit der Position der IV. Internationale und der trotzkistischen Weltbewegung“ (was *tun* Nr. 273,6. September). Wenngleich ein paar Dutzend PST-Reformisten keine Perspektive für die Revolution in Nicaragua bieten können, scheint die Position der VS-“Internationale“ zu sein, daß Revolution eine *nationale* Privatsache ist.

Die unmittelbare Aufgabe, vor der eine revolutionäre Partei in Nicaragua stehen würde, läge darin, die Bemühungen der sandinistisch/bürgerlichen Junta zu bekämpfen, einen kapitalistischen Staat wiederherzustellen. Die sandinistischen Führer haben bereits ihre bonapartistischen Gelüste gezeigt, sich das Monopol der militärischen Macht zu sichern. Eine der ersten Handlungen der revolutionären Junta war die Aufforderung an alle Zivilisten, ihre Waffen abzugeben, die viele von den Nationalgardisten übernommen hatten, als diese sie *massenhaft* wegwarfen. Angesichts des revolutionären Chaos ist es zweifelhaft, ob diese Anordnung bisher durchgeführt worden ist. Eine dringende Forderung, die eine revolutionäre Partei in Nicaragua aufstellen müßte, wäre, daß die arbeitenden Massen ihre Waffen behalten und daß Arbeitermilizen unabhängig von dem sandinistisch/bürgerlichen Regime aufgestellt werden.

Eine revolutionäre Partei würde für *Volkstribunale* agitieren, die die kriminellen Nationalgardisten aburteilen, die sich in den Kirchen und Rot-Kreuz-Lagern versteckt halten. Sie würde eine radikale, egalitäre *Agrarrevolution* fordern, die Enteignung der Industrie und des Handels und den Wiederaufbau des Landes auf einer sozialistischen Basis. Enteignungen dürfen nicht nur auf die Besitzungen Somozas beschränkt sein. Vor allem müssen Trotzkisten für eine Regierung agitieren, die auch die Somoza feindlich gesinnte Bourgeoisie ausschließt und die auf den demokratischen Organen der Arbeiterklasse und der mit ihr verbündeten Bauern basiert. Solch ein revolutionärer Kampf kann offensichtlich nicht auf Nicaragua allein beschränkt sein, sondern muß sich auf das Ziel der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Lateinamerika ausrichten.

Nach Workers Vanguard *Nr. 238, 17. August 1979*

Versammlung neben Mullahs kandidieren, welche darüber Streitgespräche führen, ob dieser oder jener Absatz mit dem Koran übereinstimmt.

Die Ausgabe der *Intercontinental Press* vom 10. September zitiert lange Passagen aus der letzten Ausgabe des *Kargar* und schwärmt für die Teilnahme der HKS an den Wahlen der islamischen „Experten". Aber die SWP unterdrückt die Existenz eines Artikels in der gleichen Ausgabe des *Kargar* mit der Überschrift : „In letzter Minute vor der Veröffentlichung", in dem es heißt: „Es gibt eine wichtige Diskussion in der Partei, ob man die Wahlen zur Experten-Versammlung boykottieren oder an ihnen teilnehmen soll." Wahrscheinlich war die Teilnahme an den Wahlen für diese farcenhafte „Versammlung" der Islamischen Republik so unangenehm, daß sogar ein bedeutsamer Teil der den Mullahs nachtrabenden HKS zurückschreckte. Im *Kargar*-Artikel heißt es: „Wie bekannt ist, boykottierten drei von unseren 18 Kandidaten die Wahlen."

Die Früchte des Verrats

Um den reaktionären Charakter des Chomeini-Regimes und ihre eigene Parteinahme für den „fortschrittlichen" Ajatollah zu vertuschen, greift die SWP zu bewußten Lügen. Ein typisches Stück ihrer Dreckschleuderei gegen diese „irrelevante Sekte", die Spartacist League, mit der man in letzter Zeit so viele Seiten des *Militant* füllt, ist ein Abschnitt in der Ausgabe vom 6. Juli mit der Überschrift: „Spartacists beim Versuch, Verteidigung zu sabotieren, gescheitert!" Dem Artikel zufolge wurde die SL aus einer Demonstration ausgeschlossen, weil sie „provokative Plakate" mit sich führte. Durch nur teilweises Zitieren verdreht die SWP die Forderungen auf unseren Plakaten: „Stürzt die islamische Reaktion" und „Nieder mit Chomeini" anstatt „Für Arbeiterrevolution zum Sturz der islamischen Reaktion" und „Nieder mit Chomeini, für Arbeiterrevolution!"

Der SWP zufolge waren diese Forderungen „ein klares Echo der imperialistischen Propaganda gegen die iranischen Arbeiter und Bauern" - woraus man nur schlußfolgern kann, daß die Carter-Administration zur Arbeiterrevolution in Iran aufruft. Im Artikel heißt es, daß der SL „von den Organisatoren der Demonstration gesagt wurde, daß der Protest für Gegner der iranischen Revolution nicht zugelassen ist"; im Klartext: für Gegner von Chomeinis „Islamischer Revolution". Ehre, wem Ehre gebührt: der SWP-Methodologie zufolge muß man, um die inhaftierten HKS-Mitglieder zu „verteidigen", gleichzeitig ihre Folterknechte, Kerkermeister und potentiellen Scharfrichter verteidigen - oder sie zumindest nicht offen angreifen!

Die internationalen Blockpartner der SWP im sogenannten Vereinigten Sekretariat haben nichts Besseres vorzuweisen. In einer hitzigen Auseinandersetzung mit Anhängern der SL und der Spartacus Youth League, ihrer Jugendorganisation, verteidigte Mandel am 17. Juli an der Universität von Boston die Schlagzeile „Sieg in Iran" folgendermaßen:

> „Einige unserer Genossen sind in Gefängnissen – aber unsere Organisation ist legal. Unsere Zeitung ist legal; sie wird in Zehntausenden von Exemplaren verkauft wie alle anderen linken Zeitungen in Iran. Waren sie legal unter dem Schah? ... Was wir haben, ist ein Schritt vorwärts von einer reaktionären Diktatur, die bürgerlich war, zu dem, was man eine partielle bürgerliche Demokratie nennen kann ... Wir sagten, das ist der Anfang des Prozesses . der permanenten Revolution..." (*Workers Vanguard* Nr. 237,3. August).

Einen Monat später war die HKS zusammen mit allen anderen linken und nicht-religiösen Organisationen illegal, ihre Presse verboten, ihre Führer im Gefängnis. Ist es das, was du als nächste Stufe im „Prozeß der permanenten Revolution" bezeichnest, Professor Mandel?

Der Nationalsekretär der Pro-Mandel-IMG in Britannien, Brian Grogan, wurde bei einem Besuch in Teheran so vom „Prozeß der permanenten Revolution" mitgezogen, daß er sich den mit dem Tschador verschleierten Frauen und den Chomeini-Ikonen tragenden Männern anschloß und „Allah akbar" (Gott ist groß) rief - und diesen Vorfall nach seiner Rückkehr auch noch dreist zum besten gab. Auf einer kürzlichen Demonstration gegen Chomeinis Terror vor der iranischen Botschaft in London, die von einer kurdischen Studentenvereinigung getragen und von der IMG unterstützt wurde, war Grogans widerwärtige Aktion nicht vergessen. Als das Kontingent der IMG-Anhänger eintraf - nur ein kleiner Teil ihrer örtlichen Mitgliedschaft, und das mitten in der vom VS beschlossenen „Rettungskampagne"! - rief das 50-Mann starke Kontingent der Spartacist League/Britain: „2,4, 6, 8 - Does Grogan still think god is great?" (sinngemäß:"2, 4,6,8- Glaubt Grogan noch an Allahs Macht?"). Eine andere Parole lautete: „Last autumn you said Khomeini's fine, it's kind of late to change your line" (sinngemäß: „Wer ein Jahr mit Chomeini geht, für den kommt Einsicht reichlich spät").

Die zentrale Losung, die auf SL/B-Plakaten mitgeführt wurde, lautete: ‚IS/IMG-Linie tötet Araber, Kurden, Linke". Andere Spartacist-Parolen hießen: „Ihr habt für Chomeini gejubelt, aber jetzt jubelt ihr nicht", „Freiheit für HKS und Fedajin-Anhänger" und „Chomeinis Revolution bedeutet Massaker an Kurden". Bei mehreren Gelegenheiten, als die SLer und die kurdischen Studenten gemeinsam „Nieder mit dem neuen Schah" und „Nieder mit Chomeini, für Arbeiterrevolution!" riefen, versuchte die IMG, dies mit Forderungen zu übertönen, die die Ajatollahs nicht angriffen. Diese vorgeblichen Trotzkisten weigerten sich nicht nur, die Herrschaft der Mullahs direkt zu denunzieren, sondern sie haben auch die Verteidigung ihrer eigenen gefangenen Genossen in Iran sabotiert. Die IMG wartete einen Monat mit dem Aufruf zu ihrer ersten Verteidigungsdemonstration (am 7. Juli) und schickte dann nur eine Handvoll von Anhängern zu dem Protest.

Angesichts dessen könnte die „Verteidigungsarbeit" des VS als sektiererisch und defätistisch erscheinen - falls man von der Voraussetzung ausgeht, es ginge ihnen überhaupt in erster Linie darum, gefangene Linke zu verteidigen. Aber damals, als die Fedajin angegriffen wurden – eine weitaus größere Herausforderung an Chomeinis Regime -, gab das VS zur Verteidigung der Fedajin höchstens ein Lippenbekenntnis ab. Die HKS ließ auch die Forderung für das Recht der Kurden auf Selbstbestimmung fallen, als es ihr zu heiß wurde. Nein, ihr zentrales Ziel ist die Verteidigung von Chomeini. Der bitterste Preis dieses Verrats wurde - *bisher* - nicht von ihnen gezahlt, sondern von den unterdrückten Massen Irans. Nun aber rufen sie um Hilfe.

Als im letzten Herbst die von den Mullahs geführte Opposition zunehmend an Stärke gewann, warnte die iST, daß die islamischen Klerikalen genauso reaktionär sind wie der Schlächter Schah. Als wir aber sagten: „Nieder mit dem Schah! Nieder mit den Mullahs!" antwortete das VS/SWP, dies sei imperialistische Propaganda und wir seien Apologeten des Schah. Im Februar, als wir sagten: „Die Mullahs haben gewonnen" proklamierte die SWP „Sieg in Iran" und denunzierte die iST-Position als „konterrevolutionär". Wir sagten „Eure Genossen sind vom Tode bedroht, aber ihr unterstützt Chomeini" und die vorgeblichen Trotzkisten warfen uns mit Gewalt aus ihren „privaten" Demonstrationen zur

Verteidigung der HKS heraus und weigerten sich, mit irgendjemandem zusammen zu marschieren, der nicht dem „Imam“ die Treue geschworen hat. Ihr seid vor Chomeini in die Knie gegangen, und dann kam der Scharfrichter und ist jetzt dabei, euch die Köpfe abzuschlagen. Und nun fordert ihr Sympathie für eure mißliche Lage.

Alle, die für demokratische Rechte eintreten, müssen die Freiheit für die eingekerkerten kurdischen Partisanen, arabischen Ölarbeiter, HKS-Mitglieder und andere Linke, für alle Opfer von Chomeinis reaktionärem Terror fordern. Aber die Arbeiterklasse darf niemals diese angeblichen Trotzkisten vergessen, die Chomeini als „progressive“ Alternative zum Schah darstellten, die hofften, an den Rockzipfeln der islamischen Reaktion zu Popularität oder gar zur Macht zu kommen.

Sogar Stalin kritisierte Tschiang Kai-schek nach dem Schanghaier Massaker. Die plötzliche Entdeckung des VS, daß Chomeini nach alledem nicht mehr so progressiv ist, übertrifft in ihrer Heuchelei selbst Stalin. Tschiang Kai-schek behauptete, ein revolutionärer Nationalist und Freund der russischen Revolution zu sein, als er Stalins Unterstützung erwarb. Aber Chomeini zeigte von Anfang an, daß er ein reaktionärer, islamischer Fundamentalist und großpersischer Chauvinist ist und versuchen würde, die „satanischen Kommunisten“ zu zerschlagen. Der kriminelle Opportunismus des VS in punkto Iran kann nicht mit seiner jetzigen (immer noch halbherzigen) Kritik begraben werden. Auch nicht mit dem Ruf nach internationaler Solidarität für die VS-Anhänger in Iran, die genauso Opfer ihrer eigenen verrotteten politischen Linie wie des kapitalistischen Terrors sind. Die Wiedergeburt der Vierten Internationale hängt davon ab, diesen Verrat und seine Konsequenzen einzubrennen in das kollektive Gedächtnis der marxistischen Bewegung.

Nach Workers Vanguard, *Nr. 239, 14. September 1979*

KB und Frauen . . .

Fortsetzung von Seite 16

nistisch“ nennt. Trotz seines Anspruchs, eine leninistische Partei aufbauen zu wollen, ist die Politik des KB lediglich die Addition einer Reihe von kleinbürgerlichen Ideologien.

Marxismus und Frauenfrage

Die Befreiung der Frau ist ein *strategischer* Bestandteil des marxistischen Programms; nicht nur, weil Leninisten Volkstribune (Lenin) sind, die für die Rechte aller Unterdrückten kämpfen. Marx zitierte gern Fouriers Bemerkung, daß der Grad der Befreiung der Frau Maßstab allgemeiner gesellschaftlicher Freiheit ist. Die KB-Führung aber hat nie ein ernsthaftes Interesse an der Frauenfrage gehabt, sondern nur ein konjunkturelles (wie auch die pseudotrotzkistische GIM) an dem sporadisch aufflackernden radikalen Frauenmilieu, an einer „Bewegung“, der man laut applaudierend hinterherlaufen kann. Je mehr die kleinbürgerliche Ideologie des Feminismus diese Bewegung“ dominierte, desto stärker wurde der Widerhall im *Arbeit erkämpf* und innerhalb des KB selbst. Der KB erntet hier nur, was er mit den „massiven Anleihen an den Feminismus“ *{Arbeiterkampf* Nr. 161) gesät hat.

Nirgendwo zeigte sich die wahre Haltung des KB zur Frauenfrage deutlicher als zu Iran. Solange der KB dort der Mullah-geführten Bewegung hinterherlief, hatte er geflissentlich vergessen, daß die Mullahs für die Versklavung der Frau, für den mittelalterlichen *Tschador* (Schleier) gekämpft haben. Der *Arbeiterkampf* war sogar unverschämt genug, den Schleier als vorzügliches Mittel zum Versteck von Waffen hochzuloben, anstatt zu sehen, daß der Schleier Symbol dafür ist, die Frau als Ware, als Stück Vieh abzuqualifizieren. Erst als Frauen in Teheran auf die Straße gingen und gegen den Tschador demonstrierten, erst als sie brutal von Mullah-Anhängern angegriffen worden sind, merkte der KB, daß es auch *andere* „Bewegungen“ in Iran gibt als die des reaktionären schiitischen Klerus. Der KB unterstützte die demonstrierenden Frauen, ohne ihnen eine Perspektive des Sieges weisen zu können, d. h. ohne mit seiner Unterstützung für die iranische „Revolution“ zu brechen.

Marxismus contra Feminismus

Hinter der Krise kann man eine vom KB ignorierte politische Frage erkennen - den fundamentalen Konflikt zwischen Marxismus und Feminismus. KB-Genossinnen und -Genossen, die die „Krisendiskussion“ verstehen wollen, müssen diese Fragestellung ernsthaft untersuchen, wenn die Auseinandersetzung für sie nicht einfach in noch größerer Demoralisierung enden soll. Es muß verstanden werden, daß diese zwei miteinander unversöhnlichen Strömungen nicht einfach unterschiedliche Ideen, sondern entgegengesetzte Programme darstellen. Marxisten begreifen die materiellen Ursachen der besonderen Unterdrückung der Frau. Sie liegen im Privateigentum und in der Familie als ökonomischer Einheit. Die gesellschaftliche Befreiung der Frau kann deswegen erst erreicht werden, wenn die Kleinfamilie *ersetzt* wird. Die Vergesellschaftung der Hausarbeit, die Eingliederung der Frau in die gesellschaftliche Produktion als Gleiche setzt jedoch die proletarische Revolution voraus. Die Aufhebung der Unterdrückung der Frau ist eine der Aufgaben der sozialistischen Revolution.

Der Feminismus leugnet, daß die besondere Unterdrückung der Frau der Klassenunterdrückung untergeordnet ist und will die Gleichberechtigung der Frau - also nicht aller Unterdrückten - innerhalb des Kapitalismus verwirklichen. „Neue Lebensformen“, nicht Klassenkampf, ist seine Methode. Für eine angehende Redakteurin, Rechtsanwältin oder Managerin sind solche Experimente in begrenztem Rahmen möglich. Für die doppelt unterdrückte Proletarierin klingt die „Selbstbestimmung über den eigenen Körper“ wie ein schlechter Witz.

Die Aufgabe von Kommunisten ist es, die kleinbürgerliche feministische Bewegung in ihre proletarischen und bürgerlichen Bestandteile zu polarisieren, um so die proletarisch orientierten, subjektiv revolutionären Elemente für den Kommunismus zu gewinnen. Doch der KB watet im Sumpf dem Feminismus entgegen. Statt feministischer Losungen wie die „Selbstbestimmung der Frau“ (für eine Frauennation?) als „fundamentalen Bestandteil der Frauenpolitik im KB“ *(Arbeiterkampf* Nr. 160) zu akzeptieren, müssen Kommunisten an die unmittelbaren Interessen von Frauen und anderen Unterdrückten anknüpfen und Losungen der Befreiung der Frau in ein System von Klassenforderungen einbetten, deren Erfüllung nur durch die Zerstörung des bürgerlichen Staatsapparates und die Erkämpfung der Arbeiterregierung gewährleistet werden kann. Kommunisten müssen in geduldiger Propaganda- und Agitationsarbeit klar machen, daß diese Interessen nur unter der Führung einer *einheitlichen* kommunistischen Partei realisiert werden können.

Wie Klara Zetkin auf dem Dritten Weltkongreß der Kommunistischen Internationale erklärte:

> „Es gibt keine besondere kommunistische Frauenorganisation. Es gibt nur eine Bewegung, es gibt nur eine

Organisation der Kommunistinnen innerhalb der Kommunistischen Partei zusammen mit den Kommunisten. Die Aufgaben und Ziele der Kommunisten sind unsere Aufgaben, unsere Ziele. Keine Sonderbündelei, keine Eigenbrödelei, die irgendwie geeignet wäre, die revolutionären Kräfte zu zersplittern und abzulenken von ihren großen Zielen der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat und dem Aufbau der kommunistischen Gesellschaft ...

Wir sehen klar den Niederschlag, den die Jahrtausende alte Knechtschaft in der Seele, der Psyche der Frau zurückgelassen hat. Deshalb bedarf es trotz der Gemeinsamkeit der Organisation besonderer Organe, besonderer Maßnahmen, um an die Frauenmassen heranzukommen und sie als Kommunistinnen zu sammeln und zu erziehen.

Als solche Organe schlagen wir vor, bei den leitenden und verwaltenden Parteiinstanzen Frauenagitationsausschüsse oder Kommissionen zu errichten oder wie die Parteien sonst das Ding nennen wollen. Und zwar sollen solche Ausschüsse bestehen, von der Leitung der kleinen örtlichen Gruppe an, bis hinauf zu der obersten Zentralleitung. Wir nennen diese Organe *Frauenausschüsse,* weil sie die Arbeit unter den Frauen betreiben sollen, aber nicht, weil wir Gewicht darauf legen, daß sie nur aus Frauen bestehen.“

In dieser Tradition leitet eine Frauenkommission als Ausschuß des Zentralkomitees unserer amerikanischen Sektion, der Spartacist League/U.S., die Arbeit unter Frauen an. Die Sektionen der iST machen keine Pseudo- „Massenarbeit“ wie der KB es versucht, sondern eine *kontinuierliche exemplarische* Intervention unter Frauen. Die zentrale Frauenkommission gibt seit Anfang 1971 die international einzigartige Zeitschrift *Women and Revolution* heraus und kämpft für die Schaffung einer kommunistischen Frauenübergangsorganisation, die programmatisch und durch ihre bewußtesten Kader mit der revolutionären Partei verbunden sein muß. Die kommunistische Arbeit unter Frauen wird in unserer internationalen Tendenz von der gesamten Organisation getragen, von Genossen und Genossinnen, ebenso wie Genossen und Genossinnen auf allen Ebenen der Organisation und in allen Arbeitsbereichen tätig sind.

Im KB gibt es dagegen den Versuch, „Frauenzellen“ „auszugliedern“. Wie kann sich eine Organisation als revolutionär bezeichnen, wenn sie Frauenghettos in ihren Reihen oder die von einigen KB-Mitgliedern anvisierte Frontgruppe eines „Kommunistischen Frauenbundes“ als Perspektive bieten muß?

Die Spartacist League/U.S. rekrutierte in den frühen siebziger Jahren eine beträchtliche Zahl von Frauen aus feministischen Gruppierungen. 1977 fusionierte sie mit der Red Flag Union (RFU),der besten subjektiv revolutionären Gruppierung, die sich aus dem amerikanischen Schwulenmilieu herauskristallisierte (siehe *Kommunistische Korrespondenz* Nr. 20, November 1977). Aber bevor eine prinzipienfeste Fusion möglich war, waren zwei Jahre programmatischen Kampfes erforderlich, um die RFU von der Borniertheit des Schwulenmilieus zu brechen. Ein führender Kader der RFU faßte die Schlüsselfrage dieses Kampfes bei der Fusionskonferenz so zusammen:

> „Der wirkliche Wendepunkt für Menschen, die unter einer sektoralistischen Weltanschauung gelitten haben, entsteht bei der Beantwortung der Frage, wer unsere Leute sind und für wen wir kämpfen.“

Dies sind nur zwei Beispiele dafür, wie die leninistische Partei Elemente aus allen Gruppen der Unterdrückten gewinnen kann und muß; aber sie finden sich auf der Basis des Programms der proletarischen Revolution zusammen, nicht auf der Basis separatistischer Vorstellungen einer abgesonderten Repräsentanz in der eigenen Parteiorganisation.

Die Kader aus diesen ehemaligen Organisationen stellen einen unschätzbaren - und in der Linken auch im internationalen Maßstab einzigartigen - Bestandteil der Führung unserer Tendenz dar.

Brecht mit dem Stalinismus!

Der KB ist aus der Neuen Linken hervorgegangen, wegen der empfundenen Notwendigkeit, die nicht vorhandene leninistische Partei zu gründen; aber er hat sich von Anfang an für den stalinistischen Menschewismus entschieden. Er hat es geschafft, mit der reaktionären chinesischen Außenpolitik zu brechen. Dafür aber ist er in der Jagd nach Volksfront-“Bündnispartnern“ immer weiter nach rechts im Irrgarten der Kleinbourgeoisie gewandert, immer näher zur liberalen Bourgeoisie, zum grünen Populismus eines Gruhl, zum Klassenverrat der SPD. Wenn ernsthafte Mitglieder des „bröselnden“ KB heute nach einer revolutionären Orientierung suchen, müssen sie sich mit dem authentischen Trotzkismus der iST und der Trotzkistischen Liga Deutschlands auseinandersetzen. Ein reformistisches Potpourri wie der KB es bietet, kann nur zur Krisendebatte ohne Ende, zum Auseinanderlegen wie bei Lotta Continua, der italienischen Lieblingsorganisation des KB, führen. Der Trotzkismus dagegen ist die Perspektive, die Welt zu ändern. ■

Kommunistische Korrespondenz



Kommunistischer Bund:

Keine Perspektive für Arbeit unter Frauen

Eines der Hauptthemen der wüsten gegenseitigen Beschimpfungen, die zur Zeit im Kommunistischen Bund (KB) als „Krisendiskussion" toben, ist die Frauenfrage. Nicht von ungefähr: Der männliche Chauvinismus der Neuen Linken, aus der der KB entstanden ist, war tief verwurzelt, und der KB wurde - als Wetterfahne der „Bewegungen" - schroff vom Gegenwind des radikalen Feminismus erfaßt.

Wie hat dieser jüngste Ausbruch begonnen? Die zweifellos unterdrückten Frauen erzählten immer mehr Horrorgeschichten und, um ein Ventil für die um sich greifende Unzufriedenheit zu öffnen, wurden sie im *Arbeiterkampf* öffentlich abgedruckt (vgl. „Von einer, die auszog, das Fürchten zu lernen", *Arbeiterkampf,* Nr. 158, 23. Juli). Das innerorganisatorische Leben im KB nimmt mehr und mehr die Züge eines „Sex and Crime"-Romans an. Nach Abdruck zweier Leserbriefe von Ha. und Kl. aus Göttingen *(Arbeiterkämpft.* 156, 25. Juni) ging es dann erst richtig los; ihr Protest gegen die ,.grauen Zonen des Feminismus" im KB löste einen Sturm aus. Wenngleich Ha. und Kl.s Beschreibungen des zunehmenden inneren Verfalls des KB sicherlich zutreffende Züge aufweisen, sind diese Briefe Zeugnisse des herrschenden männlichen Chauvinismus im KB. Wenn Ha. schreibt: „Es wird kaum noch darüber diskutiert, welchen *spezifischen Beitrag* die Frauen fur die sozialistische Revolution leisten können und müssen ...", drückt er das falsche Bewußtsein von *verschiedenartigen* geschlechtsspezifischen Rollen der Männer und Frauen im Kampf für die proletarische Revolution aus, das zu dem feministischen Rückschlag im KB führt. Ha. gibt zynisch und offen zu, daß der KB keine Perspektive für KB-Frauen bietet, indem er die Verantwortlichkeit für den Weg vorwärts auf ihre Schultern abwälzt:

> „Welches konkrete politische Ziel haben die Genossinnen im Auge, welche politischen Schritte planen sie, um ihren Einfluß innerhalb der Organisation zu vergrößern? Wie gedenken Genossinnen, die der Auffassung sind, der Marxismus sei nicht ausreichend für die Lösung der Frauenfrage, mit dieser Auffassung in einer *kommunistischen Organisation* zu arbeiten?"

Typisch für die feministische Richtung im KB dagegen ist der Brief von drei KB-Frauen „auf Urlaub in der Bretagne": „Diesen unseren Kampf" zur Lösung der Frauenfrage „können Männer niemals unterstützen, denn er richtet sich gegen ihre elementaren Bedürfnisse und ihre Persönlichkeitsstrukturen ..." *(Arbeiterkampf,* Nr. 161,3. September).

Was sind die Fehler, die in der Frauenarbeit gemacht worden sind? Daran geht die Diskussion vorbei. Keine der Gruppierungen im KB ist an einem marxistischen Verständnis der Frauenfrage wirklich interessiert. Niemand begreift den kommunistischen Kampf für die Befreiung der Frau als eine legitime Grundlage eines programmatischen fraktionellen Kampfes. Die verschiedenen Cliquen im KB machen zwar hin und wieder zufällige korrekte Bemerkungen, aber nur, um ihre eigenen Interessen zu fördern. Die Frauenfrage wird nur zu einem „Interessenbereich" mehr, zu einem Spielball cliquistischer Bestrebungen. Worum es den jeweiligen Gruppierungen wirklich geht, ist die Absteckung ihrer eigenen Machtfelder.

Die vernichtendste Verurteilung der gesamten Arbeit des KB kommt vom Leitungsgremium selbst, das damit eigentlich die „Zentrums"-Leitung diskreditieren will, weil diese mit der Kritik eines „fremden Bereichs", nämlich der Frauenarbeit, die Finger in den falschen Kuchen gesteckt hätte:

> „Mangelnde politisch-ideologische Debatte und Auseinandersetzung nach innen und außen ist keineswegs ein spezielles Kennzeichen der KB-Frauenpolitik, sondern zeigt sich fast durchgehend auf allen Gebieten unserer Arbeit... In dieser Hinsicht steht die KB-Frauenpolitik bestimmt nicht schlechter da als andere Bereiche" *(Arbeiterkampf* Nr. 160, 20. August).

Dem können wir zustimmen. Es ist die Politik des KB, eine scharfe programmatische Auseinandersetzung zu vermeiden. So wie die inneren Auseinandersetzungen personalistisch, cliquistisch und betont unprogrammatisch ausgetragen werden, arbeitet der KB nach außen: „dabei" sein, Einfluß gewinnen, möglichst keine weiterreichende programmatische Perspektive aufwerfen. Statt als Partei die Kämpfe der Arbeiterklasse und der unterdrückten Schichten zusammenzufassen und für eine kommunistische Perspektive zu kämpfen, werden sie säuberlich in verschiedene Bereiche aufgesplittert. Man betrachte nur die Aufteilung im *Arbeit erkämpf* Betrieb und Gewerkschaften – Antifaschismus - Frauen - Schwule – Kinder – Schüler/Hochschulen – koloniale Länder und nationale Befreiungskämpfe - und last but not least, unter der Rubrik „westdeutsche Linke", der KB selbst.

Kleinbürgerliche Strömungen konkurrieren ganz selbstverständlich miteinander. Das Erbärmliche ist aber, daß es *innerhalb* einer Organisation geschieht, die sich „kommu-

Fortgesetzt auf Seite 14

Ihr wolltet Chomeini - jetzt habt ihr ihn! . . . S. 9